

**MEHR**

**GRÜN**

**FÜR BONN**

**Kommunalwahlprogramm 2014 - 2020**

**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



# Inhaltsverzeichnis

<b><u>WOFÜR WIR GRÜNE STEHEN.....</u></b>	<b>5</b>
Wir GRÜNE stehen für Gerechtigkeit .....	5
Wir GRÜNE stehen für Nachhaltigkeit .....	6
Wir GRÜNE stehen für Vielfalt.....	7
Wir GRÜNE stehen für Teilhabe.....	7
<b><u>HAUSHALT – FINANZPOLITIK FÜR DIE MENSCHEN .....</u></b>	<b>8</b>
<b><u>GUT VERWALTETES BONN .....</u></b>	<b>10</b>
Transparente und effiziente Verwaltung .....	10
Faire Verwaltung.....	11
Bunte Verwaltung .....	12
<b><u>GRÜNES BONN – HEUTE UND MORGEN! .....</u></b>	<b>14</b>
Bonn: Klimafreundliche Stadt.....	16
Bonn – Stadt der biologischen Vielfalt .....	17
Stadtraum ökologisch nutzen .....	17
Bonn auf dem Weg zur Biostadt .....	18
Bonn als lärmarme Stadt .....	20
<b><u>INDIVIDUELL MOBIL SEIN – GEMEINSAM VERKEHR GESTALTEN.....</u></b>	<b>21</b>
Vorrang für den Umweltverbund.....	21
Mobilitätsmanagement.....	21
Öffentlichkeitsarbeit .....	22
Fahrradhauptstadt – Bonn 2020 .....	22
Gesund zu Fuß unterwegs .....	23
Service im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) .....	23
Ausbau der Bonner Straßenbahnen und Stadtbahnen.....	24
Bonner Bahnverkehr – durchgängig und barrierefrei .....	25
Rheinfähren einbinden – neue Verkehrsmittel prüfen .....	25
Autoverkehr – bessere Angebote statt Straßenbau .....	26
Sicherheit erhöhen – Geschwindigkeit senken.....	26
Parkende Autos im öffentlichen Raum .....	26
Geteilter Raum – Platz für alle.....	27
Güterverkehr .....	27
Elektro-Mobilität.....	27
Teilen von Fahrzeugen .....	28

**LEBENSÄRÄUME PLANEN – BONN GESTALTEN..... 28****BONN: RAUM FÜR SOZIALE POLITIK – RAUM FÜR ALLE! ..... 30**

Soziales Netz .....	30
Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit .....	31
Sozialen Wohnungsbau fördern.....	32
Quartiersmanagement und Stärkung der Wohnungsverwaltung .....	32
Selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter .....	33
Teilhabe von Menschen mit Behinderung.....	33
Integration in Bonn .....	33
Perspektiven für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien .....	34
Integration und Bildung.....	34
Familien .....	34
Rassismus und Diskriminierung .....	35
Flüchtlinge .....	36
Integrationsarbeit in der Kommune .....	37

**GESCHLECHTERPOLITIK – VIELFALT DER LEBENSENTWÜRFE..... 37**

Für Geschlechtergerechtigkeit .....	37
Queeres Leben in Bonn .....	38

**KINDER UND JUGENDLICHE – ZUKUNFT BAUEN..... 39**

Kindertagesstätten.....	40
Frühe Hilfen .....	41
Plätze für Kinder – Orte für Jugendliche.....	41
Kinderarmut.....	42
Gesundheit.....	43
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen .....	43

**SPORT UND GESUNDHEIT..... 44****BILDUNG UND WISSENSCHAFT – BONN: STADT DER IDEEN ..... 46**

Schule in Bonn .....	46
Inklusion .....	47
Schullandschaft bedarfsgerecht ausbauen.....	47
Bedarfsgerechter Ganzttag .....	48
Berufliche Schulen sichern und fördern .....	48
Schulsanierungen fortsetzen .....	49
Wissensgesellschaft und lebenslanges Lernen .....	49
Wissenschaftsstadt Bonn .....	50

## **MITEINANDER GESTALTEN – LEBENDIGE KULTUR IN BONN ..... 51**

Kulturelle Grundversorgung .....	51
Kulturverwaltung und städtische Kulturförderung.....	51
Beethoven, Beethovenhalle, Beethovenorchester .....	52
Erinnerungskultur .....	52
Literaturstadt Bonn .....	53
Museen und bildende Kunst.....	53
Musik.....	53
Theater .....	54
Freie Kultur .....	54
Kulturdenkmäler .....	55
Kulturwirtschaft .....	55

## **BONN UND DIE WELT – INTERNATIONALE STADT AM RHEIN ..... 55**

Bonn als Friedensstadt .....	57
------------------------------	----

## **GUT WIRTSCHAFTEN – GREEN ECONOMY FÜR BONN ..... 57**

Investoren – zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger .....	58
Gründerzeit – neue Existenzen schaffen .....	59
Arbeiten in Bonn .....	59
Grüner Wirtschaften: ökologische und klimafreundliche Standards einführen.....	60
Handel: Zentrenkonzept stärken, wohnortnahe Versorgung sichern.....	60
Bonn hat viel zu bieten.....	61

## **BÜRGERSTADT BONN – MITMACHEN UND DEMOKRATIE STÄRKEN..... 62**

Information als Grundlage für Beteiligung .....	62
Mitbestimmung aller Einwohnerinnen und Einwohner in Bonn .....	62
Bürgerhaushalt.....	63
Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ernst nehmen .....	63
Leitlinien zur Bürgerbeteiligung.....	64
Bürgeranträge .....	64
Gemeinwohl stärken – bürgerschaftliches Engagement.....	64
Ombudsstelle .....	64

## Wofür wir GRÜNE stehen

Politik zu machen bedeutet, Visionen und Realität zusammenzubringen. Eine Politik, die sich nur an Theorien und Ideologie orientiert, wird dem Menschen und seiner Lebenswirklichkeit nicht gerecht. Eine Politik aber, die sich ausschließlich an Machbarkeit, Effizienz und der Stimmung des Augenblicks orientiert, lässt die Gesellschaft auf der Stelle treten. Wir GRÜNE sind überzeugt, dass wir unser Zusammenleben, unsere Gesellschaft und unsere Welt gestalten können. Ungerechtigkeit, Armut, Krieg, Rassismus und die Zerstörung unserer Natur wollen wir nicht einfach hinnehmen. Wir wollen vielmehr für eine andere und bessere Welt kämpfen. Allzu oft hat sich die Politik – und manchmal haben auch wir uns selbst – sogenannten Sachzwängen gebeugt oder eine bestimmte Politik für schlicht alternativlos erklärt. Wir GRÜNE wissen, dass es auch anders geht. Wer hätte es noch vor 30 Jahren für möglich gehalten, dass sich Deutschland eines Tages auf den Weg machen würde, seine Energieversorgung vollständig auf erneuerbare Quellen umzustellen? Und wer hätte vor Ort damit gerechnet, dass Bonn im Jahr 2013 fünf Gesamtschulen haben würde? Aus unserer Geschichte haben wir GRÜNE gelernt, dass es wichtig ist, pragmatisch zu handeln, ohne dabei unsere Visionen aus den Augen zu verlieren. Die Zukunft kann man nur gestalten, wenn man bereit ist, neue Wege zu gehen und lieb gewonnene Denkgewohnheiten immer wieder auf den Prüfstand zu stellen. Um die vielen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen zu können und unsere politischen Vorstellungen zu verwirklichen, sind Augenmaß, Kreativität und Geduld erforderlich. Entscheidend ist jedoch eine klare Zielvorstellung: Wenn man nicht weiß, wohin es gehen soll, kann man auch kein Ziel erreichen. Deshalb sind uns GRÜNEN unsere gemeinsamen Werte so wichtig, dass wir sie an den Anfang unseres Wahlprogrammes stellen.

Als Kommunalpolitiker\*innen müssen wir alle unsere Projekte und Entscheidungen daran ausrichten. An diesen Werten können Sie das Gesellschaftsbild, für das wir stehen, einordnen und unser Handeln daran messen. Wir GRÜNE wollen eine gerechte, nachhaltige und vielfältige Gesellschaft, die allen Menschen Teilhabe ermöglicht.

### Wir GRÜNE stehen für Gerechtigkeit

Wann ist eine Entscheidung gerecht? Diese Frage ist eine der zentralsten und gleichzeitig schwierigsten Fragen, der wir uns stellen wollen. Denn jede und jeder versteht unter Gerechtigkeit etwas anderes, jede und jeder setzt sich für seine eigenen Belange und Interessen ein und hält diese für gerecht. Unsere GRÜNE Aufgabe ist es, gerechte Entscheidungen zum Wohle aller zu fällen – und uns dabei vor allem für diejenigen einzusetzen, die (noch) keine Stimme haben oder deren Stimme nicht gehört wird, aus welchen Gründen auch immer.

Es ist eine falsche Annahme zu glauben, dass Gerechtigkeit nicht schon auf kommunaler Ebene gelingen kann. In Bonn leben – wie in jeder Stadt – reiche und arme Menschen zu-

sammen, starke und schwache, selbstständige und unselbstständige. Viele dieser Unterschiede haben keine kommunalpolitischen Ursachen und die finanziellen Mittel zu ihrer Begrenzung sind beschränkt. Aber auch hier vor Ort wollen wir uns von dem Ziel leiten lassen, im Rahmen unserer Möglichkeiten das Zusammenleben so zu gestalten, dass möglichst viele Menschen nicht nur Entwicklungs- und Arbeitsmöglichkeiten finden, sondern auch am öffentlichen Leben der Stadt teilhaben können. Wir GRÜNE verstehen unter Gerechtigkeit, dass Teilhabe und Chancengleichheit aller Bürger\*innen ermöglicht wird, dass wir Flüchtlingen helfen, als Stadt keine Produkte beziehen, die zum Beispiel in Kinderarbeit hergestellt werden, oder auf erneuerbare Energien umsteigen, um das Klima zu schützen. Hier vor Ort können wir dafür sorgen, dass wir umfassende Unterstützung bereitstellen, Hilfe zur Selbsthilfe geben und das Engagement von Menschen, Vereinen und Initiativen in den Bezirken und Stadtteilen fördern. Das alles und noch viel mehr sind Fragen der Gerechtigkeit – wir sind nicht alleine auf der Welt, sondern leben in einer Gesellschaft, in der wir füreinander da sein sollten. Wir GRÜNE werden uns dafür auch in Bonn einsetzen.

### **Wir GRÜNE stehen für Nachhaltigkeit**

Auch wenn der Begriff „Nachhaltigkeit“ manchmal wie ein Modebegriff erscheint, der inflationär verwendet wird: Er ist aktueller denn je. Gerade in einer Stadt, die immer weiter wächst, in einer Stadt, die vor enormen finanziellen und sozialen Herausforderungen steht, muss die Nachhaltigkeit politischer Entscheidungen im Vordergrund stehen. Politik muss sich immer wieder fragen, welche Wirkung eine Entscheidung über die eigene Wahlperiode hinaus hat.

Wir GRÜNE haben den Begriff der Nachhaltigkeit in der Politik eingeführt. Wir haben uns gefragt, welche Auswirkungen politische Entscheidungen in der Zukunft haben werden – was passiert mit unserer Welt, wenn wir sie ungebremst zerstören, Raubbau an ihr betreiben, keine Rücksicht auf die Natur und die Menschen nehmen? In was für einer Welt werden unsere Kinder und deren Kinder in Zukunft leben, wenn wir ihnen heute die Grundlage nehmen, die sie für ein gutes Leben brauchen?

Und diese Fragen gilt es, auch auf kommunaler Ebene zu beantworten – in allen Bereichen! Was bedeutet es für unsere Stadt, wenn wir sie weiter verschulden? Was bedeutet es für unsere Stadt, wenn wir unsere Freiflächen weiter verbauen, anstatt unsere bestehenden Wohngebiete weiter zu verdichten und aufzuwerten? Was bedeutet Kulturförderung, wenn wir in ihrem Rahmen freie Projekte vernachlässigen? Wir wollen die Bereiche unterstützen, die auch für die nachfolgenden Generationen von Nutzen sind. Dabei geht es vorrangig um generationengerechte Haushaltspolitik, existenzielle Aufgaben wie Klimaschutz durch Energieeinsparung, Förderung von Bildung für alle, Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Stärkung des Umweltverbundes in der Verkehrspolitik.

## **Wir GRÜNE stehen für Vielfalt**

Die Zeiten geschlossener Weltbilder und in Stein gemeißelter Moralvorstellungen sind zum Glück vorbei. Der Wandel gesellschaftlicher Wertvorstellungen und die Globalisierung haben unsere Gesellschaft massiv verändert. Der Pluralismus von Weltanschauungen, Werten und Lebensweisen macht unsere Welt aus. Als GRÜNE sind wir davon überzeugt, dass diese Vielfalt uns vor neue Herausforderungen stellt, aber auch reicher macht. In einer Stadt wie Bonn, in der Menschen aus 172 Nationen mit vielfältigen religiösen, kulturellen und politischen Hintergründen zusammenleben, ist der Reichtum, der aus dieser Vielfalt erwächst, besonders augenscheinlich. Diese Vielfalt macht Bonn lebenswerter und attraktiver. Sie belebt nicht nur unsere Gastronomieszene und unsere Kultur, sondern ist auch eine Grundlage unseres wirtschaftlichen Wohlstands. Als UN-Stadt und Standort international agierender Unternehmen sowie als internationaler Wissenschaftsstandort braucht Bonn eine Politik der Vielfalt. Dabei ist uns auch bewusst, dass Vielfalt Diskussionen und Auseinandersetzungen mit sich bringt. Davor scheuen wir nicht zurück. Wir sind jedoch überzeugt, dass sich das gemeinsame Engagement für eine offene und vielfältige Stadt lohnt.

## **Wir GRÜNE stehen für Teilhabe**

Teilhabe und Vielfalt gehören zusammen. Eine bunte und vielfältige Gesellschaft kann nur bestehen, wenn ihre Mitglieder ein Gefühl der Zusammengehörigkeit zur gleichen Gesellschaft teilen. Der soziale Zusammenhalt unserer Gesellschaft beruht jedoch auf den Teilhabemöglichkeiten unserer Bürger\*innen. Engagement entsteht dort, wo Menschen sich einbringen können: im Sportverein, in der Schule, am Arbeitsplatz, in ehrenamtlichen Aktivitäten von der Feuerwehr bis zur Hausaufgabenhilfe. Wenn ihr Beitrag nicht gefragt und geschätzt wird, ziehen sie sich zurück, und die Gesellschaft wird ärmer. Haben sie keinen Einfluss auf die Entscheidungen, die ihr Leben bestimmen, entsteht Politikverdrossenheit. Aber Teilhabe meint nicht nur politische Mitsprache. Im Interesse eines vielfältigen, gerechten und nachhaltig lebenswerten Gemeinwesens müssen wir daher alles tun, um allen Menschen in unserer Gesellschaft die Gelegenheit zu geben, am politischen, kulturellen und nicht zuletzt wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Dafür stehen wir GRÜNE in allen Bereichen unseres politischen Handelns.

Diese Werte sollen unsere Politik vor Ort bestimmen. Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit gegenüber zukünftigen Generationen heißt auch, das öffentliche Vermögen nicht aufzubrauchen, sondern im Gegenteil zu erhalten und zu mehren. Gleichzeitig dürfen wir aber darüber unsere heutigen Aufgaben nicht vernachlässigen. Bonn muss für alle Bürger\*innen weiterhin lebenswert bleiben – und nicht nur für diejenigen, die es sich leisten können. Mit einer angesehenen Universität, hervorragenden Wissenschaftseinrichtungen, dem UNO-Sitz für weltweite nachhaltige Entwicklung und dem dadurch entstandenen internationalen Umfeld sowie dem kulturellen Alleinstellungsmerkmal als Beethovenstadt hat Bonn ein erhebliches Potenzial und bietet eine enorme Vielfalt.

Wir setzen uns weiterhin vehement für den Erhalt und die Einhaltung des Bonn-Berlin-Gesetzes ein. Zehntausende Arbeitsplätze sind in Bonn und der Region unmittelbar oder mittelbar von dieser gesetzlichen Grundlage abhängig, die Bonn auch als Sitz der Regierung neben Berlin festschreibt. Die Bürger\*innen unserer Stadt haben zudem ein Recht darauf, dass politische Zusagen auch eingehalten werden. Wir wollen Bonn als internationale Stadt und als Sitz der Vereinten Nationen weiter stärken.

*Wir sind der festen Überzeugung, dass wir diese Potenziale noch besser nutzen können, und zwar im Sinne einer vielfältigen, nachhaltigen und gerechten Stadtentwicklung, die Visionen und Realitäten für alle Menschen in dieser Stadt verbindet – damit Bonn nicht nur in den nächsten sechs Jahren eine lebenswerte Stadt bleibt.*

## **Haushalt – Finanzpolitik für die Menschen**

Die Haushalts- und Finanzpolitik der Stadt Bonn ist kein Selbstzweck, sondern dient dazu, die finanziellen Mittel für eine lebenswerte, sozial- und umweltgerechte Stadt bereitzustellen. Wir GRÜNE sind dazu bereit, die lokale Verantwortung für einen gesunden Haushalt zu übernehmen. Bei der Steuerung und der Gestaltung des Haushalts gilt für uns der Vorrang der Politik vor der Verwaltung. Denn die Politik muss den Kopf für Haushaltsentscheidungen bei den Bürger\*innen hinhalten, nicht die Verwaltung.

Seit der Kommunalwahl 2009 hat sich – insbesondere unter dem Einfluss von uns GRÜNEN – vieles in der Haushalts- und Finanzpolitik der Stadt bewegt: Die Bürger\*innen sind in die Beratungen sehr viel intensiver als in der Vergangenheit einbezogen worden („Bonn packt’s an“), die Beratungsgrundlagen für den Rat sind deutlich transparenter geworden, und es wurde ein Controlling für den Bonner Haushalt eingeführt, der immerhin ein Volumen von 1 Milliarde Euro hat. Zudem wurden wichtige Schritte hin zu einem „Haushaltspolitischen Leitbild“ und zum „Wirkungsorientierten Haushalt“ gegangen. Das System der Bonner Haushaltswirtschaft („Bonner Modell der politischen Haushaltssteuerung“) findet inzwischen bundesweit Beachtung.

Vorrangiges Ziel einer nachhaltigen Haushaltspolitik, die sich an den Bedürfnissen nachfolgender Generationen ausrichtet, muss die finanzielle Eigenständigkeit der Stadt sein. Ohne finanzielle Eigenständigkeit werden die Entscheidungen über das, was in Bonn (freiwillig) finanziert wird, an anderer Stelle getroffen: bei der Bezirksregierung in Köln oder der Landesregierung in Düsseldorf. Deshalb wird auch in der kommenden Wahlperiode eines unserer wichtigsten Ziele sein, den „Nothaushalt“ zu vermeiden und damit die Fremdfinanzierung zu beenden. Nur so sind Spielräume für weiterhin eigenständige politische Entscheidungen in unserer Stadt vorhanden.



Hinzukommen muss ein Abbau der Konsumkredite (sogenannte „Kassenkredite“ – vergleichbar mit einem Dispokredit), die im Jahr 2014 ca. 600 Millionen Euro betragen und damit mehr als ein Drittel der Schulden der Stadt ausmachen. Die Stadt finanziert über diese Kredite in erheblichem Umfang die laufenden Aufwendungen mit allen Risiken, die damit verbunden sind, wie zum Beispiel steigende Zinsen. Deshalb wollen wir im Sinne einer intergenerativ gerechten Politik die Defizite im städtischen Haushalt weiter absenken und in der kommenden Wahlperiode erstmals seit langer Zeit strukturell „ins Plus kommen“. Nur mit dauerhaften Überschüssen im Haushalt können wir die Kassenkredite und damit die Fremdfinanzierung beenden. Soweit die Stadt Bonn Rücklagen hat zum Beispiel für den Betrieb des World Conference Centers (WCCB), sollen diese nach ethischen Kriterien angelegt sein. Eine Konsolidierung des Haushalts ohne ein Leitbild wäre allerdings wie ein Stochern im Nebel. Deshalb werden wir unsere Haushaltspolitik konsequent an den in der Präambel des Wahlprogramms genannten strategischen Zielen ausrichten. Alle Leistungen der Stadt Bonn müssen sich daran messen lassen, in welchem Umfang sie zur Umsetzung dieser strategischen Ziele beitragen. Das „Haushaltspolitische Leitbild“ ist eine wichtige Grundlage, zu klaren politischen Entscheidungen zu kommen, wofür in Bonn Geld ausgegeben wird und wofür nicht.

Weiterer bedeutender Baustein einer modernen Haushaltspolitik ist für uns der „Wirkungsorientierte Haushalt“. Denn entscheidend ist, welche Wirkungen mit dem von der Stadt eingesetzten Geld erreicht werden sollen. Dazu gehören unter anderem auch der Vergleich mit den Ergebnissen anderer Städte (Benchmarks), die Darstellung unterschiedlicher Standards bei den kommunalen Leistungen („Hoch“, „Mittel“, „Niedrig“) sowie die Berücksichtigung der „Bindungsgrade“ der Leistungen. Der „Wirkungsorientierte Haushalt“ ist maßgeblich von uns GRÜNEN seit 2009 auf den Weg gebracht worden. Wir streben an, dass diese neue Form der Haushaltswirtschaft bis Ende 2015 flächendeckend für den gesamten Haushalt eingeführt ist. Wir werden uns dabei auch dafür einsetzen, dass der Haushalt geschlechtergerecht gestaltet wird (Gender Budgeting).

Bei den städtischen Beteiligungen und Gesellschaften soll grundsätzlich ein Überschuss erzielt werden, der im Sinne einer angemessenen Verzinsung des Eigenkapitals im Regelfall an den städtischen Haushalt überwiesen wird. Es ist jedoch immer eine Prüfung im Einzelfall notwendig, ob der Überschuss nicht auch von der Beteiligung selbst für gesamtstädtische Ziele verwandt werden kann, wie zum Beispiel bei der VEBOWAG für mehr sozialen Wohnungsbau.

Von besonderer Bedeutung ist für uns, die Bürger\*innen auch weiterhin an der Diskussion zum Haushalt zu beteiligen. Wir freuen uns, wenn sie sich einmischen und den Haushalt aktiv mitgestalten. Und wir werden jedes Jahr Rechenschaft darüber ablegen, was aus ihren Anregungen geworden ist. Vor Ort können die finanziellen Probleme jedoch nur zum Teil gelöst werden: Ebenso müssen Bund und Land endlich ihre Verantwortung für gesunde kommunale Finanzen wahrnehmen und die Kreise, Städte und Gemeinden finanziell so ausstatten, dass sie ihren Aufgaben gerecht werden können. Es kann nicht sein, dass die Stadt Bonn bei der Kinderbetreuung per Bundesgesetz die Aufgabe erhält, für eine Mindestanzahl

an Betreuungsplätzen zu sorgen, aber vom Bund keine ausreichenden Mittel für die Umsetzung dieser Aufgabe bereitgestellt werden.

## **Gut verwaltetes Bonn**

Die Entwicklung unserer Stadt hängt maßgeblich von ihrer Verwaltung ab. Sie entscheidet durch ihr Handeln mit, wie weit die Vorstellungen der Menschen in unserer Stadt und die politischen Wünsche und Prioritäten umgesetzt werden.

„Mit ca. 6.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (einschl. Eigenbetriebe) entstehen dabei Personalkosten von ca. 280 Millionen Euro pro Jahr, das macht mehr als ein Viertel des städtischen Konsumhaushalts aus. Daher war es für uns GRÜNE wichtig, Aufgaben, Organisation und Kosten dieser Verwaltung auf den Prüfstand zu stellen. Dazu haben wir eine verwaltungseigene Organisationseinheit ins Leben gerufen, die seitdem Abteilung für Abteilung auf Notwendigkeit, Organisation und Effizienz untersucht. Ziel ist der Aufbau einer modernen, effizienten, transparenten und sparsamen Verwaltung, bei der Aufgaben- und Kostenkonsolidierung Hand in Hand gehen.

Die Aufgabe der Verwaltung besteht darin, die strategischen Beschlüsse des Rates operativ umzusetzen. Die Verwaltung prüft zum Beispiel die Solidität von Investoren, entscheidet über die Auslegung von Richtlinien und Verordnungen, erstellt Konzepte und sorgt für ihre Umsetzung, stellt den Bürger\*innen Infrastruktur und kommunale Dienstleistungen bereit. Für wirtschaftliche Nachhaltigkeit brauchen wir dabei auf der einen Seite eine Verwaltung, die die Gelder der Bürger\*innen sparsam einsetzt. Auf der anderen Seite brauchen wir eine faire Verwaltung, die ihre ökologische Verantwortung wahrnimmt sowie eine transparente und vielfältige Verwaltung, die städtisches Handeln nachvollziehbar macht, Bürger\*innen informiert und zur Beteiligung einlädt und auch mit ihren Mitarbeiter\*innen fair umgeht.

### **Transparente und effiziente Verwaltung**

Gute Politik braucht eine transparente und effiziente Verwaltung, die entsprechend der politischen Prioritäten handelt und politische Beschlüsse auch umsetzt. In diesem Zusammenhang muss das alltägliche Verwaltungshandeln ausgerichtet sein auf die Wirkung im Sinne politischer Ziele (siehe „Wirkungsorientierter Haushalt“, Seite 8, 9).

Zur Nachhaltigkeit gehört auch die wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Die finanziellen Mittel der Stadt Bonn sind in Anbetracht von 1,5 Milliarden Euro Schulden sehr begrenzt. Zudem finanziert sich der Haushalt aus den Steuern und Abgaben der Bürger\*innen. Schon deshalb sollte es selbstverständlich sein, dass mit diesen Geldern sparsam umgegangen wird und keine Gelder in eine aufgeblähte und ineffiziente Verwaltung fließen. Erste Benchmarks mit vergleichbaren Städten in Nordrhein-Westfalen deuten hier auf Verbesserungsbedarf hin. Wir möchten den Weg des Vergleichs mit ähnlichen Städten weiter fortsetzen, um von anderen zu lernen.

Gleichzeitig wollen wir die von uns initiierte Organisationsuntersuchung durch Mitarbeiter\*innen der Verwaltung fortsetzen und die Ergebnisse des Optimierungsteams konsequent umsetzen, um die Arbeit der Verwaltung künftig noch effizienter und zielgerichteter zu organisieren.

*Durch Korruption öffentlicher Stellen, beispielsweise bei der Vergabe von städtischen Aufträgen, entsteht immer wieder erheblicher Schaden. Wir brauchen daher eine ausgeprägte Vorbeugung durch Sensibilisierung der Mitarbeiter\*innen in Risikobereichen sowie die konsequente Anwendung von Funktionstrennung, Vier-Augen-Prinzip sowie Job-Rotation. Ein zentrales Vergabeamt, in dem alle Vergaben der Stadt gebündelt sind, ist vor allem im Sinne von kostengünstiger Beschaffung und Korruptionsprävention notwendig.*

Doch wir möchten die Verwaltung nicht nur in ihren Abläufen verbessern und korruptionsfester machen. Für die Teilhabe der Bürger\*innen ist auch das Thema Transparenz von großer Bedeutung. Dazu gehört der freie Zugang zu Informationen, beispielsweise zu geplanten öffentlichen Vorhaben, zu vorliegenden Statistiken, oder auch über das Angebot öffentlicher Dienstleistungen. Um einen leichten Zugang zu städtischen Leistungen zu ermöglichen, setzen wir uns zudem für einfache und verständliche Formulare und Informationen ein. Wir wollen die Übersetzung bestehender Drucksachen und Formulare in sogenannte „leichte Sprache“, die nicht nur Menschen mit Lernbehinderung, sondern auch Menschen mit geringen Lese- oder Sprachkenntnissen eine wesentlich bessere Verständlichkeit ermöglicht. Zudem sollten die Informationen – der Internationalität der Stadt entsprechend – nicht nur in Deutsch, sondern auch in anderen häufig genutzten Sprachen vorliegen. Zu einem offenen Zugang zur Verwaltung gehört darüber hinaus die Präsenz der Verwaltung im Internet und in sozialen Netzwerken unter Beachtung der relevanten Datenschutzerfordernungen.

### **Faire Verwaltung**

Wir setzen uns für eine faire Verwaltung ein. Dabei gilt es, Fairness nicht nur nach innen zu realisieren, wenn es um die Arbeitsbedingungen in der Verwaltung geht, um faire Bezahlung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit oder den gleichen Anteil von Frauen in Führungspositionen. Fairness betrifft auch das Handeln der Verwaltung, insbesondere, wenn es um die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen für die Verwaltung, städtische Einrichtungen sowie kommunale Betriebe geht.

Auf GRÜNE Initiative berücksichtigt die Stadt bereits sehr viele Kriterien zur ökologischen und sozialen Beschaffung in ihren Vergaberichtlinien. Ob zum Beispiel PVC-Verbot, keine Hölzer aus Regenwald oder keine Beschaffung aus ausbeuterischer Kinderarbeit – diese GRÜNEN Initiativen haben dazu geführt, dass der Stadt Bonn 2013 der „Vergabepreis NRW – Wegweiser für sozial gerechte Beschaffung“ vom „Eine Welt Netz NRW“ und „Bündnis für öko-soziale Beschaffung“ verliehen wurde. Aber das bedeutet nicht, dass wir am Ziel angekommen sind. Wir werden uns weiterhin dafür starkmachen, dass die Beschaffungen der Stadt Bonn alle sozialen und ökologischen Kriterien, die mit dem Vergaberecht vereinbar sind, ständig weiter entwickeln. So werden zum Beispiel auf GRÜNE Initiative hin ab dem

nächsten Jahr auf den städtischen Friedhöfen keine Grabsteine mehr aus nicht zertifizierten Betrieben aufgestellt werden dürfen. Die Zertifikate schließen zum Beispiel Kinderarbeit in indischen Betrieben aus.

*Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Möglichkeiten der „Green Procurement Guideline“ der Europäischen Union auf kommunaler Ebene. Das heißt für uns:*

- Schon bei der Definition der Anforderungen in den Leistungsbeschreibungen konsequent auf die Berücksichtigung der relevanten ökologischen und sozialen Aspekte achten.
- Verpflichtung der Lieferanten und Sublieferanten auf die international anerkannten Kriterien der Universal Declaration on Human Rights der Vereinten Nationen, die Prinzipien des UN Global Compact sowie die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO).
- Konsequente Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien in der Wertung der Angebote und Vergabe von Aufträgen unter gleichberechtigter Berücksichtigung ökonomischer, ökologischer und sozialer Aspekte.

Das beinhaltet beispielsweise auch die verstärkte Beschaffung regionaler und ökologischer Produkte in städtischen Einrichtungen.

Fairness schließt auch Fairness gegenüber der Umwelt mit ein, und das betrifft auch den städtischen Fuhrpark. Durch unsere Anträge zum Klimaschutz und zum Mobilitätsmanagement haben wir erreicht, dass PKW nur noch höchstens 120 g CO<sub>2</sub> ausstoßen dürfen, viele städtische PKW liegen schon weit unter diesem Wert. Dieser Weg muss weiter verfolgt werden, deshalb müssen wir weiter daran arbeiten, den Fuhrpark zu verkleinern und vor allem bei der Anschaffung von Nutzfahrzeugen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu berücksichtigen.

Zu einer fairen Beschaffungspolitik gehört für uns auch, vergleichbare Konditionen wie andere Großabnehmer zu erzielen. Wir befürworten daher ausdrücklich die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen im Einkauf, um unsere Position als Kunde zu stärken und sparsam mit dem Geld der Bürger\*innen der Stadt umzugehen.

### **Bunte Verwaltung**

Wir sind fest davon überzeugt, dass sich eine bunte Verwaltung letztendlich für alle auszahlt. Diverse und heterogen zusammengesetzte Teams sind kreativer, innovativer und erfolgreicher, weil sie die Fähigkeit besitzen, Dinge aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten und so zu besseren Lösungen zu gelangen.

Wir stehen dabei vor wichtigen Herausforderungen:

- *Der demografische Wandel macht auch vor unserer Verwaltung nicht Halt. Für die Verwaltung der Stadt sowie für viele öffentliche Einrichtungen und Betriebe stellt die Verschiebung der Altersstruktur und ein hohes Durchschnittsalter der Beschäftigten eine riesige Herausforderung dar. Dabei geht es nicht um Jugendlichkeitswahn oder Diskriminierung älterer Mitarbeiter\*innen, sondern um einen gesunden Mix von Alt und Jung.*

- Der *hohe Anteil älterer Mitarbeiter\*innen* stellt auch hohe Anforderungen an das Gesundheitsmanagement. Krankheit ist oft auch eine Folge unzureichender Arbeitsbedingungen sowie unzureichenden Führungsverhaltens. Dabei zahlt sich die Investition in die Gesundheit der Mitarbeiter\*innen auch wirtschaftlich aus in Form höherer Produktivität durch höhere Zufriedenheit am Arbeitsplatz sowie durch geringere Arbeitsausfälle durch Krankheit. Bei knapp 6.000 städtischen Beschäftigten bedeutet ein zusätzlicher Krankheitstag pro Beschäftigter oder Beschäftigten im Schnitt etwa 18 Stellen.

Generell ist professionelles Personalmanagement in der Verwaltung gefragt, sowohl was die Gewinnung talentierter Menschen für die Arbeit in der Verwaltung betrifft als auch was die Förderung der Mitarbeiterentwicklung betrifft. In dem Zusammenhang wollen wir GRÜNE uns insbesondere auch für folgende Punkte starkmachen:

- Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen. Dazu fordern wir eine Frauenquote von 50 % für Frauen in Führungspositionen in der Verwaltung, in städtischen Einrichtungen sowie bei den kommunalen Aufsichtsräten.
- Um das zu erreichen, fordern wir die massive Unterstützung der Familien, um Beruf und Karriere sowie Familie miteinander zu vereinbaren. Dazu gehört neben dem Ausbau der Kinderbetreuung insbesondere auch die Förderung der Teilzeitarbeit bis in Führungspositionen sowie die konsequente Förderung der Teleheimarbeit.
- *Nicht nur die Erhöhung des Anteils von Frauen*, sondern auch der Ausbau des Anteils von Menschen mit Migrationshintergrund *insbesondere in Führungspositionen muss gefördert werden*. Diese Gruppe repräsentiert ca. 22 % der Bonner Bevölkerung, ist aber im öffentlichen Sektor nur völlig unzureichend berücksichtigt.
- Die Förderung und verstärkte Einstellung von Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung und den städtischen Betrieben soll ebenfalls Prinzip der Personalentwicklung werden. Wir wollen eine dauerhafte Quote von 8 % bei den Mitarbeiter\*innen mit Behinderung erreichen.

Im Rahmen einer nachhaltigen städtischen Personalpolitik lehnen wir die Verschiebung von Personallasten in die Zukunft ab. Aus diesem Grund fordern wir den sparsamen Einsatz von Verbeamtungen auf staatliche Hoheitsbereiche, wo dies zwingend erforderlich ist. Genauso lehnen wir aber die Logik des „Hire and Fire“ entschieden ab. Deshalb sind wir gegen den Einsatz von Leiharbeiter\*innen in städtischen Bereichen und beschränken die Befristung von Arbeitsverhältnissen so weit wie möglich.

## Grünes Bonn – heute und morgen!

*Bonn als UN-Stadt hat eine besondere Vorbildfunktion, gerade auch im Hinblick auf die ökologischen Themen Klimaschutz, biologische Vielfalt und nachhaltiger Umgang mit Ressourcen.*

In einer Kommune gibt es eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure ökologischen Handelns. Politik und Verwaltung haben die wichtige Aufgabe, Leitlinien und Rahmenbedingungen zu schaffen, die im kommunalen Alltag umzusetzen sind. Wir möchten über Anreize und Unterstützung jede und jeden Einzelnen motivieren, an einem ökologischen Bonn mitzuwirken.

Wir GRÜNE haben seit der Kommunalwahl im Jahr 2009 der Energie- und Klimaschutzpolitik wichtige Impulse verliehen. Die GRÜNE Handschrift zeigt sich deutlich zum Beispiel in folgenden Maßnahmen:

- **Klarheit und Messbarkeit von Emissionseinsparungszielen:** Ein Software-gestütztes Monitoring-Programm ermöglicht es, bisherige Einsparungen bei den Emissionen zu bewerten und künftige Einsparpotenziale rechtzeitig zu erkennen.
- **Die Leitstelle Klimaschutz** in der Bonner Verwaltung muss immer dann eingeschaltet werden, wenn ein städtischer Verwaltungsakt klimatische Konsequenzen haben könnte. Mit dieser Querschnittsstelle kann und soll die Verwaltung ihr eigenes Handeln ständig kritisch auf klimabezogene Folgen überprüfen.
- **Der Klimaschutzbeirat**, der die Ergebnisse der Emissionsbilanzierungen regelmäßig und verbindlich überwacht, konkrete Themen wie zum Beispiel Energieeffizienz im Gebäudebestand oder Maßnahmen für die Attraktivitätssteigerung des emissionsarmen Verkehrs berät.
- **Die Bonner Energieagentur**, 2010 auf Initiative von uns GRÜNEN gegründet, ist schon jetzt eine Erfolgsgeschichte. Die Zahl der neutralen und kostenfreien Beratungen nimmt stetig zu, das Netzwerk der kooperierenden Unternehmen, Betriebe und Verbände ist stabil gewachsen.
- **Ökostrom für städtische Liegenschaften:** Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass alle städtischen Liegenschaften zu 100 % mit Ökostrom versorgt werden. Dies hat nicht zu einer Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Energiekosten geführt, sondern sogar zu einer finanziellen Entlastung. Durch einen am Strommarkt erzielten günstigen Einkaufspreis wird durch die Umstellung auf Ökostrom die Stadtkasse in den kommenden Jahren um einen sechsstelligen Betrag entlastet.
- **Städtisches Programm zur Förderung der Solarthermie:** Trotz der schwierigen Haushaltslage haben wir GRÜNE dafür gesorgt, dass dieser städtische Zuschuss erhalten bleibt, so dass solarthermische Anlagen weiterhin von der Stadt Bonn bezuschusst werden.
- **Höhere Wärmestandards bei Neubauten.** Die EnEV (Energieeinsparverordnung, früher: Wärmeschutzverordnung) schreibt bei Neubau und Bestandssanierung bautechnische Anforderungen zur Energieeinsparung vor. Wir GRÜNE haben dafür gesorgt, dass mehr

als die gesetzlich vorgeschriebenen Auflagen durchgesetzt wurden und für städtische Neubauten den Passivhausstandard eingeführt.

- **Kreisübergreifende Zusammenarbeit.** Energie- und Klimapolitik kann von einer Kommune meistens nicht alleine betrieben werden. Emissionen machen nicht an Stadtgrenzen Halt, und nicht jeder Standort ist für die Erzeugung regenerativer Energien geeignet. Deshalb haben die Bonner GRÜNEN sich für eine regelmäßige und verbindliche Kooperation mit dem uns umgebenden Rhein-Sieg-Kreis stark gemacht. In Zukunft sollen regelmäßig tagende Arbeitskreise der Verwaltungen und Fachpolitiker\*innen diese Zusammenarbeit verbessern.

Wir Bonner GRÜNE folgen der Vision einer „100 % Erneuerbare-Energie-Region Bonn/Rhein-Sieg“. Auch bei optimaler Nutzung erneuerbarer Energien auf dem Stadtgebiet Bonn wird eine vollständige erneuerbare Versorgung der Stadt nicht möglich sein, da Zahl und Größe der nutzbaren Dach- und Freiflächen dafür nicht ausreichen. Deshalb ist eine enge Kooperation und gemeinsame Strategie mit dem Rhein-Sieg-Kreis und der Region zur Nutzung der erneuerbaren Energien notwendig. Da ein bundesweiter kommunaler Erfahrungsaustausch bei der Energiewende wichtig ist, werden wir uns dafür einsetzen, dass die Stadt der Initiative „100 %-EE-Region“ beitrifft, die eine überregionale Vernetzung aller 100 %-Regionen in Deutschland zum Ziel hat. In der kommenden Ratsperiode wollen wir uns wieder an konkreten Schritten in diese Richtung messen lassen.

Die Vision einer energetisch und klimabezogen nachhaltigen Bundesstadt Bonn schließt natürlich auch Handlungsfelder wie zum Beispiel die Verkehrspolitik, die Stadtplanung oder den Schutz von Naturräumen mit ein. Dies führt im Bereich Energie und Klima zu konkreten Forderungen und Vorstellungen:

- **100 % erneuerbare Energien:** Wir wollen, dass die Stromversorgung in Bonn bis zum Jahr 2030 vollständig auf regenerative Energien umgestellt ist. Gerade weil der Abschied von fossilen Energieträgern ein langfristiges Projekt ist, müssen wir jetzt schon die Weichen dafür stellen.
- **Vorfahrt für erneuerbare Energien:** Vor allen anderen – oft als Übergangstechnologien verkauften Energieerzeugungsformen – muss Bonn vorrangig in den Ausbau der Solar-, Wind- und Bioenergie investieren. Bei der Bioenergie setzen wir vor allem auf die umweltfreundliche Nutzung von Bioabfällen. Das macht eine **stadtübergreifende Kooperation** notwendig und umfasst auch alternative Finanzierungsmodelle wie **Energiegenossenschaften, Energie-Contracting oder Bürgerkraftwerke**.
- **Erschließung weiterer Potenziale:** Die zahlreichen Möglichkeiten für weitere Solaranlagen beispielsweise auf **Dächern städtischer Liegenschaften** sollen intensiv genutzt werden – und zwar sowohl für den kommunalen Betrieb als auch für bürgerschaftlich betriebene Anlagen.
- **Ausbau der dezentralen Energieversorgung:** Um die Abhängigkeit von den großen Energieversorgern zu mindern, wollen wir die dezentrale Energieerzeugung deutlich stärken.

Sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich liegen gewaltige Ausbaupotenziale wie zum Beispiel durch **Kraft-Wärme-Kopplung** in Blockheizkraftwerken.

- **Weiterentwicklung der Energieagentur:** Die Bonner Energieagentur hat sich schon jetzt als ein gutes Instrument bewiesen, um Einspareffekte und Emissionsminderungen zu realisieren. Das wollen wir stärken und durch den Ausbau bestehender Beratungsangebote weiterentwickeln.
- **Energetische Sanierung städtischer Gebäude:** Die städtischen Liegenschaften sind bislang nur zu einem geringen Anteil energetisch optimiert. Zu den erforderlichen Maßnahmen zählen sowohl kontinuierliche **Wärmedämmungsmaßnahmen** und **energetische Modernisierungsmaßnahmen** als auch die Ausstattung öffentlicher Gebäude mit **integrierten Photovoltaik-Modulen**. Bei Neubauten in kommunaler Verantwortung muss ausschließlich der **Passivhausstandard** angewendet werden.

Insgesamt verstehen wir Bonner GRÜNE die Leitbilder des „Masterplans Energiewende und Klimaschutz“ als Auftrag auch für künftige Ratsperioden. Mit ihm ist der Grundstein für eine zukunftsorientierte kommunale Energie- und Klimapolitik der Stadt Bonn gelegt.

### **Bonn: Klimafreundliche Stadt**

Mit dem Bonner „Masterplan Klimaschutz“ zeigen wir, dass lokal viel getan werden kann, um die Auswirkungen des Klimawandels weltweit zu bekämpfen. Die Bundesstadt Bonn hat mit dem entsprechenden Ratsbeschluss aus dem Jahr 2011 einen konsequenten Fahrplan für einen nachhaltigen Klimaschutz bekommen. Damit haben wir GRÜNE nicht nur eines unserer zentralen Wahlversprechen umgesetzt, sondern vor allem dafür gesorgt, dass Energie- und Klimapolitik in Bonn „aus einem Guss“ betrieben wird. Der umfangreiche Masterplan bündelt die Aktivitäten der Stadt Bonn, führt sie in der Leitstelle Klimaschutz zusammen und sorgt für klare Messbarkeit der angestrebten Ziele.

Eine ambitionierte Energie- und Klimapolitik ist seit jeher wichtiges Politikfeld der GRÜNEN. Der zentrale Schlüssel zum Erfolg, die „drei großen E“ **Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien**, liegt auf der kommunalen Ebene. 85 % der deutschen Bevölkerung lebt in Städten, der urbane Raum ist für drei Viertel der gesamten CO<sub>2</sub>-Emissionen verantwortlich. Auch in Bonn liegt der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen über dem, was lokal und global verantwortbar ist. Wir stehen dafür, dass die Bundesstadt Bonn gegenüber dem Referenzjahr 1990 in nachvollziehbaren Stufen die **Emissionen bis zum Jahr 2050 um 95 % senken** wird.

Der Handlungsbedarf für Bonn ist zuletzt noch einmal durch den Wettbewerb „Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010“ der Deutschen Umwelthilfe deutlich geworden. Als Sitz des Klimasekretariats der Vereinten Nationen und Mitglied des ICLEI-Städtenetzwerks für Nachhaltigkeit (International Council for Local Environmental Initiatives) hat die Stadt Bonn eine wichtige Vorbildfunktion, gleichzeitig ergeben sich für die zahlreichen großen und kleinen Unternehmen mit dem „Masterplan Klimaschutz“ wesentliche wirtschaftliche Impulse. Das Engagement der Stadt Bonn für den Klimaschutz macht deutlich, dass ein integriertes kom-



munales Handlungskonzept für den Klimaschutz mehr Chancen als Verzicht bietet. Energetische Sanierungs- und Einsparmaßnahmen führen schon mittelfristig zu finanziellen Freiräumen bei städtischen und privaten Haushalten. Die Reduzierung des emissionsintensiven Verkehrsaufkommens führt nicht allein zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen, sondern auch zur Verminderung der Feinstaubbelastung und damit zu einer gesundheitlichen Risikominimierung. Nicht zuletzt belegen die bisherigen Erfahrungen mit der Förderung innovativer Umwelttechniken die immensen Beschäftigungspotenziale. Kommunaler Klimaschutz ist also gleichzeitig Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor. Die Vision einer **Green Economy** ist gerade auch auf der kommunalen Ebene eine enorme ökonomische Chance, für die wir Bonner GRÜNE stehen und werben wollen.

### **Bonn – Stadt der biologischen Vielfalt**

Jeden Tag werden Tier- und Pflanzenarten vom Menschen ausgerottet. Auch in Bonn leben Arten, die in ihrem Bestand gefährdet sind: Ihre Lebensräume drohen zerschnitten oder zerstört zu werden, Lärm und Bebauung beeinträchtigen Rückzugsgebiete. Wir GRÜNE wollen die Vielfalt der Natur, den Reichtum der Arten und die Schönheit naturnaher Landschaften schützen. Unser Ziel ist es, seltene Arten und seltene Standorte zu erhalten. Gerade Bonn als Veranstaltungsort von weltweiten Konferenzen zur Biodiversität hat hier die Aufgabe, ein Vorbild zu sein.

Der Grundstein ist bereits gelegt. Der Bonner Rat hat 2009 das „Aktionsprogramm Biodiversität“ beschlossen – vor allem auf Betreiben der Bonner GRÜNEN. Nun gilt es, die Umsetzung weiter voranzutreiben und die Entwicklung in Form eines Monitorings stetig zu beobachten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Rahmenbedingungen für ein qualifiziertes Biodiversitätsmanagement unter kommunaler Koordination geschaffen werden und dass ein Netzwerk aller Akteure in der Stadt, die etwas mit Biodiversität zu tun haben, etabliert wird.

Artenschutz hört nicht an den Stadtgrenzen auf. Tiere und Pflanzen kennen keine Stadt- und Kreisgrenzen. Deshalb haben wir einen sogenannten „Runden Tisch Artenvielfalt“ gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis ins Leben gerufen. Hier werden Maßnahmen, Konzepte und gemeinsame Strategien besprochen, die die Artenvielfalt fördern.

Wir setzen uns für eine Extensivierung der städtischen Grünflächen ein: Heimische Pflanzen, Nahrungsmöglichkeiten für Insekten und Verzicht auf Pestizide sind hier Schlagworte. Synthetische Pflanzenschutzmittel sind für Umwelt und Menschen gesundheitsschädlich. Sie dürfen nicht weiter auf Friedhofswegen und im Rosengarten der Rheinaue angewendet werden. Die Folgen sind bekannt: Sowohl den Honigbienen als auch den Wildbienen und den Hummeln geht es nicht gut. Es fehlt ihnen inzwischen an Nahrung und Brutmöglichkeiten, Pestizide und Milben machen ihnen das Leben zusätzlich unnötig schwer.

### **Stadtraum ökologisch nutzen**

Freie Flächen, die es immer noch in Bonn gibt, sind nicht grundsätzlich potenzielle Baugebiete, sondern haben oft vielfältige Funktionen. Sie dienen in einer Stadt mit Kessellage für die notwendige Frischluftzufuhr, stellen Biotope dar, sind Wanderungskorridore für seltene Arten über die Stadtgrenze hinaus und erfüllen schließlich auch den Wunsch nach Naherholung vor Ort, ohne dafür in ein Auto steigen zu müssen.

Sowohl eine sehr aktive Bürgerinitiative als auch die GRÜNEN kämpfen seit Jahren für die Erhaltung des **Meißdorfer Feldes**. Immer wieder bedroht und „angeknabbert“, braucht es weiterhin engagierte Bürger\*innen sowie klare politische Beschlüsse, um es in Zukunft von Bebauung frei zu halten. Mit der letzten Änderung des Flächennutzungsplans ist das für einen großen Bereich des Feldes gelungen. Wir GRÜNE machen aber auch unmissverständlich bei dem sogenannten zweiten Bauabschnitt des Geländes „Am Bruch“ klar: Wir wollen keine weitere Bebauung!

Der **Lausacker** im Bonner Norden sollte nach den Vorstellungen der zwei „großen“ Fraktionen schon längst bebaut sein. Wir schließen uns Aussagen der Landwirtschaftskammer aus einem Gutachten an, die diesen Bereich für Ausgleichsmaßnahmen vorschlägt. Die teilweise Renaturierung des Rheindorfer Baches in Höhe des Hauses am Müllestumpe zeigt vortrefflich, dass ökologische und landschaftsgestalterische Maßnahmen für Natur und Erholung einen Gewinn darstellen.

Es sind aber nicht nur die großen Flächen in Bonn, die wichtige Funktionen für den Erhalt der biologischen Vielfalt oder der Frischluftzufuhr haben. Damit diese Belange hinreichend berücksichtigt werden, hat die Koalition auf ausdrücklichen Wunsch von uns GRÜNEN ein neues Integriertes Freiraumsystem (IFS) in Auftrag gegeben. Bei jedem zukünftigen Bebauungsplan soll es Grundlage sein und notwendige Entscheidungshilfen liefern.

Der Vorrang ökologischer Ausgleichsmaßnahmen vor Ort, die besondere Berücksichtigung des Artenschutzes, des Baumschutzes, von Begrünungsmaßnahmen, die Nutzung von regenerativer Energie, Maßnahmen zur Energieeffizienz und örtlichen Regenwasserversickerung sind unsere besonderen Anliegen, die wir in vielen Verfahren durchsetzen konnten und weiterhin verfolgen werden.

### **Bonn auf dem Weg zur Biostadt**

Immer mehr Menschen legen Wert auf eine gesunde Ernährung und schätzen deswegen die besondere Qualität von regionalen, saisonalen und biologisch angebauten Lebensmitteln. Biologische und nachhaltige Ernährung mindert die Belastungen für die Umwelt, verkürzt Transportwege, schont das Klima und ist auch gut für die Gesundheit. Wir GRÜNE möchten Information über gesunde Lebensstile verbreiten und diese Lebensweise fördern. Auch so kann ein wertvoller Beitrag zu einem gesunden und ökologischen Lebensstil geleistet werden.

Wir GRÜNE wollen die Aufmerksamkeit der Bürger\*innen verstärkt auf das Thema gesunde Ernährung lenken und daher auf politischer Ebene Rahmenbedingungen und Leitlinien schaf-

fen, damit die Verwaltung entsprechende Projekte auf den Weg bringen und gezielt Öffentlichkeitsarbeit betreiben kann. Die Stadt soll mit gutem Beispiel vorangehen und zum Beispiel bei Empfängen, Veranstaltungen und dem Weihnachtsmarkt den Anteil an Bio-Verpflegung und regionalen Produkten deutlich ausweiten. Die Vergaberichtlinien städtischer Aufträge sollen deshalb nach ökologischen und sozialen Kriterien fortgeschrieben werden.

Für uns GRÜNE ist ein nachhaltiges Nahrungsmittelangebot in kommunalen Einrichtungen außerordentlich wichtig. Gerade im Jugend- und Kindesalter ist eine gesunde Ernährung für die weitere Entwicklung der Gesundheit existenziell. Nachhaltiger Konsum soll von klein auf selbstverständlich werden. Maßgeblich auf Betreiben von uns GRÜNEN sind Mittel bereitgestellt worden, um regionales und biologisches Essen in Kitas und Schulen zu fördern. In der letzten Ratsperiode haben wir GRÜNE die gesetzliche Entscheidungshoheit der Schulkonferenzen der Schulen dabei immer gewährleistet. Um die Akzeptanz in Schulen, Kitas und der Elternschaft zu fördern, müssen Anreize geschaffen und begleitende Bildungsangebote und Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Dafür möchten wir Erziehenden und Lehrenden Informations- und Fortbildungsangebote machen, bei denen über eine gesunde Ernährung aufgeklärt wird und mögliche Handlungswege aufgezeigt werden.

Nicht nur in den Köpfen, auch im Stadtbild soll nachhaltige Ernährung sichtbar sein. Wir GRÜNE wollen daher die guten Erfahrungen des Programms „Essbare Stadt“ aus Andernach, Zürich und anderen Städten übertragen. Den Anbau von Nutzpflanzen auf städtischen Grünflächen möchten wir erlauben und fördern. Dabei setzen wir auf die Zivilgesellschaft, welche auch in anderen Städten bereits sogenanntes „Urban Gardening“ betreibt. Dabei pflanzen Bürger\*innen Nutzpflanzen auf städtischen Grünflächen an, die dann allen zur Verfügung stehen.

Wir GRÜNE halten ökologischen Landbau als unverzichtbar für eine nachhaltige Entwicklung. Auch in Bonn sind die Möglichkeiten bei Weitem nicht ausgeschöpft. Wir GRÜNE wollen uns dafür einsetzen, dass städtische Flächen wie beispielsweise das Meßdorfer Feld vermehrt ökologisch bewirtschaftet werden.

Landwirtschaftliche Nutzung in Einzugsgebieten der Wassergewinnungsanlagen beeinflusst maßgeblich die Trinkwasserqualität. Bonner Wasser kommt allerdings ganz überwiegend aus der Wahnbachtalsperre, also aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Da Umweltschutz nicht vor den Stadttores aufhört, wollen wir auch die Umstellung auf Ökolandbau in den Gewinnungsgebieten für das Bonner Trinkwasser fördern, zum Beispiel in Form einer Umstellungsbeihilfe.

Nahrungsmittelproduzenten und Produzenten von Gebrauchsgütern in den sogenannten Entwicklungsländern dürfen nicht chancenlos dastehen. Aus diesem Grund unterstützen wir GRÜNE die Beschaffung nicht nur ökologischer, sondern auch fair gehandelter Produkte in der städtischen Verwaltung und befürworten die Fortführung des Titels „Fair Trade Town“ für Bonn, der 2012 erneut für weitere vier Jahre vergeben wurde.

Der Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen wird von großen Teilen der Bevölkerung nach wie vor skeptisch gesehen oder abgelehnt. Wir GRÜNE lehnen den Anbau strikt ab. Entsprechend der Forderung der GRÜNEN hat sich Bonn deshalb der Initiative „Gentechnikfreie Regionen“ angeschlossen. Das soll auch so bleiben, dafür werden wir GRÜNE uns einsetzen.

### **Bonn als lärmarme Stadt**

Bonn ist eine laute Stadt. Leben und Gesundheit aller Menschen profitieren davon, wenn wir Lärm vermindern. Für verschiedene Bereiche haben wir Lösungen angestoßen beziehungsweise mitgetragen und werden diese weiterverfolgen.

In einer EU-Richtlinie von 2005 werden Kommunen verpflichtet, Lärmkarten zu erstellen und darauf aufbauend Lärmaktionspläne zu entwickeln. In Bonn sind 18.000 Bürger\*innen von Auto- und Umgebungslärm betroffen.

Wir GRÜNE schlagen dazu unterschiedliche Maßnahmen zur Lärminderung vor, beispielsweise:

- **Autolärm/Umgebungslärm:** Wo es möglich ist, soll in Bonn Flüsterasphalt etabliert werden und innerstädtisch Tempo 30 beziehungsweise Tempo 80 nachts auf Autobahnen gelten. Viele Menschen fühlen sich durch den Lärm von benzingetriebenen Laubbläsern, Freischneidern und Heckenscheren gestört. Wir möchten, dass die Stadt für die Anschaffung lärmarmen, akkubetriebener Geräte wirbt und in ihrer Beschaffungspolitik mit gutem Beispiel vorangeht. Zudem soll die Nutzung sehr lauter Geräte im Vergleich zu lärmarmen Geräten zeitlich eingeschränkt werden, so dass auch für Privatpersonen ein Anreiz entsteht, sich lärmarme Geräte zu beschaffen.
- **Fluglärm:** Wir haben den Lärmschutzbeirat Hangelar für die Öffentlichkeit geöffnet, haben das Gyrocopter-Startverbot im Bonner Rat durchgebracht. Wir wollen eine Reduzierung der Sport- und Hubschrauberflüge.
- **Bahnlärm:** Wir wollen die rechtsrheinische S-Bahn-Linie 13, unter anderem weil mit ihr die Lärmschutzwände nach Beuel kommen werden! Alle Bemühungen, um den Bahnlärm bei den verschiedenen Entscheidungsträgern auf Europa- und Bundesebene zu reduzieren, unterstützen wir im Stadtrat.

Ganz anders verhält es sich bei „Kinderlärm“. In der Vergangenheit haben uns einige Proteste gegen Lärm auf Kinderspielplätzen und Bolzplätzen erreicht. Wenn Kinder miteinander spielen, darf es schon mal etwas lauter zugehen.

## Individuell mobil sein – gemeinsam Verkehr gestalten

### Vorrang für den Umweltverbund

Ziel GRÜNER Verkehrspolitik ist es, den Dreiklang aus Fahrrad fahren, zu Fuß gehen und der Nutzung von Bus und Bahn als „Umweltverbund“ zu stärken. Dies führt zu mehr Lebensqualität und einer lebenswerteren Stadt – durch weniger Lärm, weniger Dreck und mehr Platz für alle Menschen. Der drohende Verkehrskollaps und die Auto-Staus in Bonn werden nur durch den Umstieg bei der Verkehrsmittelwahl auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verringert und nicht durch neue oder breitere Straßen. Wir wollen die Flexibilität bei der Wahl des Verkehrsmittels und bei der Bildung von Mobilitätsketten fördern. Wir GRÜNE setzen uns deshalb dafür ein, Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, um den Umweltverbund so attraktiv wie möglich zu gestalten, so dass es leichter fällt, auf das Auto zu verzichten. Bonns Straßen noch sicherer zu machen, Räume anders aufzuteilen und Trennungen aufzuheben ist ein realistisches Ziel. Damit möchten wir die Lebensqualität in der Stadt erhöhen und der Wirtschaft einen zusätzlichen Impuls geben.

Erfolgreich umgesetzte Maßnahmen:

- Start des Programms „Fahrradhauptstadt Bonn 2020“ mit tragfähigen Konzepten und der Umsetzung erster Maßnahmen
- Beschluss zur Umsetzung eines Fahrradstraßenkonzepts in Anlehnung an den ADFC-Beschluss eines jährlichen Fahrradklimatests
- Bau neuer Bahnhöfe in Duisdorf, Endenich/Dransdorf und im Regierungsviertel in Dottendorf/Gronau, um die DB-Strecken für den innerstädtischen Verkehr attraktiver zu machen
- Beschluss einer Bahnunterführung an der Ollenhauerstraße
- Konsequenter Einsatz für den Neubau der S-Bahn-Linie 13
- Wiederaufnahme und Intensivierung des Programms zur fahrgast- und behindertenfreundlichen Umgestaltung der Bonner Bus- und Bahnhaltestellen
- Beibehaltung und Ausbau des Nahverkehrsangebotes inklusive des zuschlagfreien Nachtbusnetzes (trotz der katastrophalen Haushaltslage der Stadt Bonn)
- Verbot der Beklebung von Fensterscheiben zu Werbezwecken an Bussen und Bahnen
- Umbau von Kreuzungen zu Kreisverkehrsplätzen
- Beschluss zur Einführung eines stadtweiten Fahrradverleihsystems

### Mobilitätsmanagement

Information, Beratung und Marketing umweltgerechter Mobilität sollen in Bonn im Rahmen eines integrierten Mobilitätsmanagements gefördert werden. Mobilitätsmanagement setzt auf die Vernunft der Bürger\*innen bei der Verkehrsmittelwahl. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Firmen und Behörden im Rahmen eines Mobilitätsmanagements ihre Mitarbeiter\*innen darin unterstützen, das Verkehrsmittel Fahrrad zu benutzen. Die Bonner Stadtverwaltung als Vorreiter vor Ort kann mit Hilfe eines Mobilitätsmanagement-Konzeptes Veränderungen im Verkehrsverhalten ihrer Mitarbeiter\*innen befördern. Als Vorbild kann

und sollte sie andere große Betriebe dabei unterstützen, die Mobilität in eine umweltschonende Richtung zu lenken. Die Mobilitätsmanagement-Angebote des Verkehrsverbunds Rhein-Sieg sollen auch in Bonn genutzt und fortgeführt werden.

### **Öffentlichkeitsarbeit**

Wir wollen mehr Rücksicht zwischen den einzelnen Verkehrsteilnehmer\*innen fördern und etablieren. Hierzu ist eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit notwendig, damit alle lernen und einsehen, im Straßenverkehr auch Rücksicht auf Schwächere zu nehmen. Eine umwelt- und menschengerechte Verkehrspolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie von den Bürger\*innen mitgetragen und unterstützt wird und ihre Vorteile erkannt werden. Die Stadt Bonn muss deshalb mit einer einfallsreichen, intelligenten und intensiven Öffentlichkeitsarbeit zugunsten des Umweltverbundes und der Verkehrspartnerschaft werben.

### **Fahrradhauptstadt – Bonn 2020**

Gemeinsam mit den Bonner Bürger\*innen, den Radfahrer\*innen, dem ADFC und der Stadtverwaltung wollen wir ein Ziel erreichen: „Fahrradhauptstadt Bonn 2020“. Dieses Konzept mit allen bereits erstellten Teilkonzepten und Maßnahmen wollen wir weiter energisch und mit aller Kraft vorantreiben. Vorbild sind Städte wie Münster oder auch zahlreiche niederländische Orte, die durch innovative und kreative Ideen den Anteil der Radfahrer\*innen signifikant erhöht haben.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die noch immer vorhandenen Lücken im städtischen Radverkehrsnetz endlich geschlossen werden – auch da, wo es schwierig ist oder mit Widerstand gerechnet werden kann. Bestehende Radwege müssen einen zeitgemäßen, fahrradgerechten Ausbaustandard erhalten. Insbesondere an größeren Straßen bedarf es zudem baulich eigenständiger und breiter Radwege oder genügend breiter Fahrradschutzstreifen, so dass der Radverkehr eine gute und sichere Alternative zum Auto werden kann. Gerade bei neuen Verkehrsplanungen muss der Radverkehr ausreichend berücksichtigt werden.

An Ampeln soll Radfahrer\*innen vor dem Autoverkehr Vorrang eingeräumt werden, wie dies bereits an verschiedenen Stellen im Stadtgebiet geschieht. Auf stark befahrenen Radverbindungen muss eine grüne Welle für den Radverkehr geschaffen werden. Vor allem das Linksabbiegen muss für den Radverkehr erleichtert und sicherer werden. Wir wollen über den Verkehrsverbund Rhein-Sieg und zusammen mit den Stadtwerken, die Fahrrad-Mitnahmemöglichkeit in Bussen und Bahnen verbessern. Das vom ADFC initiierte Fahrradstraßenkonzept wollen wir ebenfalls umsetzen. Es dient dazu, den Radverkehr in Bonn mit einem stadtweiten Netz an Fahrradstraßen attraktiver zu gestalten.

Die vorhandenen Konzepte für den ruhenden Radverkehr in den Stadtbezirkszentren und der Innenstadt müssen zeitnah umgesetzt werden. Besonders an den Bus- und Bahnhaltestellen und Bahnhöfen müssen attraktive Fahrradabstellanlagen beziehungsweise erweitert werden. Die Radstation in der Quantiusstraße muss endlich eine feste und dauerhafte Unterkunft in ausreichender Größe erhalten. Zusätzlich ist eine weitere Radstation vor

Gleis 1 des Hauptbahnhofs zu errichten. Im Rahmen des Umbaus des Bad Godesberger Bahnhofs und des dortigen Ria-Maternus-Platzes ist auch dort die Errichtung einer weiteren Radstation einzuplanen und umzusetzen.

Wir haben einen jährlichen Fahrradklimatest beschlossen und setzen uns dafür ein, dass die beanstandeten Kritikpunkte der Bonner Bürger\*innen am Radverkehr analysiert und zeitnah behoben werden. So muss es aktuell das Ziel sein, den Winterdienst auf Radwegen und Fahrradschutzstreifen zu optimieren. Ebenso sollen bereits bei der Einrichtung von Baustellen die Belange aller Verkehrsteilnehmer\*innen, auch die der Radfahrer\*innen, mit berücksichtigt werden, zum Beispiel durch Umleitungen und Umfahrungen. Diese Belange gelten insbesondere aber auch für das Ergebnis der Bauten. Um den Radverkehr in Bonn zukünftig noch besser zu fördern, wollen wir hierfür die nötigen Finanzmittel in Höhe von mindestens 19 Euro pro Einwohner jährlich bereitstellen. Dies ist nach dem Nationalen Radverkehrsplan (NRVP) notwendig, um den Radverkehr weiter auszubauen.

### **Gesund zu Fuß unterwegs**

Wir GRÜNE wollen, dass sich Fußgänger\*innen ohne Barrieren und ohne überlange Wartezeiten an den Ampeln auf dem kürzesten Weg sicher fortbewegen können. Bei allen Bauplanungen müssen die Interessen der Fußgänger\*innen Vorrang vor anderen Interessen haben. Ausreichend dimensionierte Gehwegbereiche sind auch gegenüber Investoren durchzusetzen. An Ampeln soll es nicht nur auf Anforderung „Grün“ für Fußgänger\*innen geben. Die Einhaltung der Geschwindigkeitsbegrenzungen, besonders der Tempo-30-Regelung in allen Wohngebieten, ist wirksam zu überwachen. Zusätzliche Spielstraßen und autofreie Zonen sind einzurichten. So sollen weitere Straßen im Innenstadtbereich autofrei umgestaltet werden und für Fußgänger\*innen, den Radverkehr und den ÖPNV vorbehalten sein. Der Verkehrsraum muss insgesamt gerechter aufgeteilt werden.

Fußgänger\*innen mit Behinderungen haben besondere Bedürfnisse im Straßenverkehr. Wir möchten Gehsteige künftig so absenken, dass eine tatsächliche Bodengleichheit entsteht. Nur so können sich Menschen mit einem Rollator oder einem Rollstuhl tatsächlich barrierefrei fortbewegen. Dabei ist es unbedingt notwendig, dass diese völlig abgesenkten Bordsteine aus Materialien bestehen, die sich in der Riefung und Oberflächenbeschaffenheit klar von den Umgebungsmaterialien unterscheiden, damit sie von blinden Menschen mit einem Taststock erfasst werden können.

Wir möchten auch darauf hinweisen, dass der eingeschränkte öffentliche Winterdienst in verkehrsberuhigten Straßen gerade für den Personenkreis der mobilitätseingeschränkten Menschen extreme Probleme mit sich bringt. In Fußgängerzonen und kleinen Wohnstraßen muss es möglich sein, dass Menschen mit einer Behinderung sich auch bei Schneefall fortbewegen können. Die Winter der vergangenen Jahre zeigen, dass der Winterdienst in Bonn hier deutlichen Verbesserungsbedarf hat.

### **Service im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)**

Wir GRÜNE wollen Busse und Bahnen als umweltfreundliche Verkehrsmittel in Bonn noch attraktiver machen. Es sollen Anreize zum Umstieg auf den ÖPNV geschaffen werden. Um den ÖPNV zu stärken, muss er preiswert, sicher, komfortabel und bequem nutzbar gestaltet werden. Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass der Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) transparente und attraktive Tarife anbietet und darauf hinwirken, das Angebot günstiger Monatstickets, insbesondere für Menschen, die nicht im öffentlichen Dienst oder bei größeren Arbeitgebern beschäftigt sind, auszuweiten. Um die Qualität des ÖPNVs zu steigern, müssen Kundenservice, Pünktlichkeit und Freundlichkeit erhöht werden. Hierzu müssen Liniennetz, Fahrpläne und der Fahrscheinverkauf auch für Ortsfremde übersichtlich und leicht verständlich sein.

Der Nahverkehr soll durch zusätzliche Busspuren und eine funktionierende Ampelvorrangschaltung für Busse und Bahnen weiter beschleunigt werden. Das Busnetz soll inklusive der Nachtbusse nachfrageorientiert ausgebaut werden. Die Busse sollen dabei dem neuesten Stand der Umwelttechnik entsprechen. Der barrierefreie Umbau der Bus- und Bahnhaltestellen mit Wetterschutz, Sitzbänken, einer guten Beleuchtung und übersichtlichen Informationstafeln muss schnellstmöglich vorangehen. Der geplante Neubau des Zentralen Omnibusbahnhof (ZOB) muss schnell beginnen, um auf diesem Wege attraktiver, übersichtlicher, sicherer und behindertengerechter zu werden. Hierbei soll besonders darauf geachtet werden, dass alle Bahngleise auch bei Ausfall der Aufzüge für Fahrgäste im Rollstuhl erreichbar bleiben oder werden.

Wir wollen prüfen lassen, ob die Idee, einen Wasserbus auf dem Rhein als ÖPNV-Verkehrsmittel einzuführen, ein zusätzliches umweltverträgliches Angebot für die Verkehrsmittelwahl in Bonn sein kann.

Uns ist bewusst, dass alle diese Maßnahmen die Bereitstellung zusätzlicher Mittel der Stadt Bonn als Aufgabenträgerin des öffentlichen Nahverkehrs erfordern. Ein konsequenter Klimaschutz ist die vorrangige Aufgabe, die diese Investitionen sinnvoll und notwendig erscheinen lassen.

### **Ausbau der Bonner Straßenbahnen und Stadtbahnen**

Stadtbahnen und Straßenbahnen bilden zusammen mit dem Regionalverkehr der Deutschen Bahn AG (DB) das Grundgerüst des öffentlichen Schienen-Nahverkehrs in Bonn. Die seit Jahrzehnten geforderte "Hardtbergbahn" als oberirdische Straßenbahn, welche die westlichen Stadtteile und auch den im Ausbau befindlichen Uni-Campus in Poppelsdorf erschließt, muss endlich umgesetzt werden. Diese Straßenbahn wäre attraktiver und leistungsfähiger als die bestehenden Busverbindungen zum Hardtberg. Diese Lösung wäre zudem fahrgastfreundlicher und wesentlich preiswerter als das von der Stadtverwaltung und Teilen der Politik befürwortete Projekt einer überwiegend unterirdischen Stadtbahn. Um die „Hardtbergbahn“ langfristig umzusetzen, wollen wir mit einem kurzfristig zu realisierenden Vorlaufbetrieb durch Busse starten.



Bei allen Bemühungen, Busse und Bahnen sowie deren Haltestellen barrierefrei auszustatten, darf die fortgesetzte Schulung der Fahrer\*innen hinsichtlich einer rücksichtsvolleren Fahrweise nicht vernachlässigt werden. Auch muss gewährleistet sein, dass Rollstühle in den Bussen und Bahnen bei Bedarf befestigt werden können.

Darüber hinaus müssen die Planungen für weitere neue Schienenstrecken mittel- bis langfristig vorangetrieben werden. So soll beispielsweise die "rechtsrheinische Rheinuferbahn" von Beuel über Mondorf-Niederkassel nach Köln führen. Die bisherigen Endpunkte der Straßenbahnlinie 61 sollen von Auerberg bis Buschdorf-Mitte beziehungsweise von Dottendorf über Friesdorf hinaus verlängert werden. Die Stadtbahnlinie 63 soll von Tannenbusch nach Buschdorf-Mitte bis zum Nordfriedhof verlängert werden. Schließlich soll die Stadtbahn in Bad Godesberg oberirdisch in Richtung Pennenfeld-Mehlem weitergeführt werden. Auch der Anschluss von Holzlar an das Straßenbahnnetz und eine Verbindung der Stadtteile Beuel und Bad Godesberg über die Südbrücke sollen weiter verfolgt werden.

Im Rahmen der regionalen Nahverkehrsplanung möchten wir das Stadtbahnnetz nachfragegerecht weiterentwickeln, mit einer Stadtbahnlinie von Bad Godesberg zum ICE-Bahnhof in Siegburg und einer Linie von Bornheim über Bonn nach Bad Honnef. Der Ausbau des Stadt- und Straßenbahnnetzes muss oberirdisch erfolgen. Dies betrifft auch die Straßenbahnen vor dem Hauptbahnhof – eine Tieferlage der Linien 61 und 62 ist mit uns nicht zu machen.

### **Bonner Bahnverkehr – durchgängig und barrierefrei**

Das vorhandene Netz der Deutschen Bahn AG in Bonn wird aktuell mit vergleichsweise geringem Aufwand entlang der Bahnstrecke zwischen Bonn und Euskirchen attraktiv ausgebaut und durch neue Bahnhöfe in Duisdorf und Enderich/Dransdorf sowie durch einen neuen Bahnhof am UN-Campus in Dottendorf/Gronau ergänzt. Der bevorstehende Bau der S-Bahnlinie 13 als Verbindung zwischen Bonn und dem Flughafen und zur Verbesserung der rechtsrheinischen Zugverbindung mit Köln soll weiter konsequent unterstützt werden. Der Bau der S 13 wird für den in Beuel lang ersehnten Lärmschutz entlang der Bahntrasse sorgen. Wir achten darauf, dass die nötigen Ergänzungsmaßnahmen an den Bahnhöfen durch die Stadt Bonn durchgeführt werden.

Wir GRÜNE fordern als eine weitere Verbesserung im Schienenverkehr die Verbindung der beiden bisher am Hauptbahnhof endenden Regionalbahnen (RB) der Linie 23 Euskirchen – Bonn und Linie 30 Bonn – Ahrbrück zu einer gemeinsamen durchgängigen Linie. Als Vorlaufbetrieb ist die Verlängerung einer der beiden RB-Linien denkbar, um eine direkte Verbindung zwischen Duisdorf und Bad Godesberg zu schaffen. Die Planungen der Deutschen Bahn AG zum barrierefreien Umbau des Bad Godesberger Bahnhofs und der Umbau des Bonner Hauptbahnhofs sollen in Kürze umgesetzt werden. Wir wollen uns auch an den anderen Bonner Bahnhöfen weiter für deren barrierefreien Umbau einsetzen.

### **Rheinfähren einbinden – neue Verkehrsmittel prüfen**

Die Rheinfähren sind ein essenzieller Bestandteil des rheinüberschreitenden öffentlichen Nahverkehrs in der Region. Sie müssen tariflich und fahrplanmäßig in den Verkehrsverbund Rhein-Sieg einbezogen werden. Ihr Betrieb muss deshalb langfristig sichergestellt werden. Die Einrichtung einer Schifffahrtslinie, welche die Wohn- und Arbeitsschwerpunkte sowie die touristischen Ziele am Rhein verbindet, ist ernsthaft zu untersuchen. Ebenso die Einrichtung einer Seilbahnverbindung, welche die Stadt- und Straßenbahnen im Bereich Dottendorf und der B9 mit dem Uniklinikum auf dem Venusberg verbindet.

### **Autoverkehr – bessere Angebote statt Straßenbau**

Bonn kann sich als moderne Großstadt keine hauptsächlich auf das Auto ausgerichtete Verkehrspolitik mehr leisten. Auch Menschen, die im städtischen Verkehr auf das Auto angewiesen sind, profitieren von einer Politik, die den umweltfreundlichen Verkehrsmitteln wie Bus, Bahn und dem Fahrrad den Vorrang geben. Nur so kann der Verkehrskollaps, hervorgerufen durch die verschiedenen notwendigen Brückensanierungen und die zunehmende Verkehrsdichte, verhindert und die Erreichbarkeit sichergestellt werden. Jeder Quadratmeter Straße mehr ist ein Quadratmeter weniger Lebensqualität.

Wir GRÜNE wollen in Bonn keine zusätzlichen Autobahnen wie den Venusbergtunnel oder den Ennertaufstieg, und wir wollen Autobahnen auch nicht verbreitern. Wir wollen stattdessen die Natur an den bisher reservierten Trassen schützen und langfristig sichern. Ein Straßenneubau in diesen Bereichen, wie die Verlängerung der Südbrückenautobahn bis nach Friesdorf ist mit uns nicht umzusetzen. An den vorhandenen innerstädtischen Autobahnen setzen wir uns für einen möglichst optimalen Lärmschutz ein. Ein 6-spuriger Ausbau der Autobahn A 565 wird nach allen Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte nur kurzfristig zu einer Entlastung des Straßennetzes in Bonn und im Umfeld führen, langfristig aber zusätzlichen Autoverkehr erzeugen, der das Straßennetz noch mehr belastet. Deshalb sehen wir GRÜNE in einem Ausbau der A 565 keinen geeigneten Weg, längerfristig die Verkehrsbelastungen in Bonn zu vermindern. Zudem kostet der Ausbau sehr viel Geld, welches besser für den Ausbau des regionalen Bahn- und Busverkehrs und des Radverkehrs genutzt werden kann. Der Vorteil: Die Straßen werden vom Pendlerverkehr entlastet und ermöglichen eine bessere Nutzung für den notwendigen Gewerbeverkehr. Lärmschutzmaßnahmen sind jedoch bereits jetzt politisch erforderlich.

### **Sicherheit erhöhen – Geschwindigkeit senken**

Um die Verkehrssicherheit zu erhöhen, sollen die vorhandenen Geschwindigkeitsbegrenzungen in Bonn gesenkt und vereinheitlicht werden. Innerstädtisch wollen wir die Tempo-70-Bereiche für mehr Sicherheit im Verkehr auf das übliche städtische Tempo 50 senken. Um weitere Gefahrenstellen im Straßenverkehr zu entschärfen, wollen wir zusätzliche Tempo-30-Bereiche einführen.

### **Parkende Autos im öffentlichen Raum**

Ohne Parkgebühren wird Parkraum in der Innenstadt und in den Ortszentren für Kund\*innen sowie für Besucher\*innen dauerhaft blockiert. Analog zu den jährlichen Fahrpreisanpassungen im ÖPNV wollen wir auch für die Parkraumbewirtschaftung jährlich nachfrageorientierte Preisanpassungen durchführen, statt alle paar Jahre eine deutliche und dann immer sehr umstrittene Erhöhung vornehmen zu müssen. Eine jährliche angemessene Erhöhung wird nach Überzeugung von uns GRÜNEN auf Dauer eher akzeptiert werden, denn auch die Autofahrer\*innen wissen, dass der öffentliche Parkraum knapp ist und etwas kostet. Der öffentliche Raum ist zu knapp, um ihn mit kostenlos parkenden PKW dauerhaft zu blockieren. PKW-Parkplätze dürfen nicht eingerichtet werden, wo sie Fußgänger\*innen, Radfahrer\*innen oder den öffentlichen Nahverkehr behindern. Straßen und Parkplätze in den Wohnbereichen müssen hauptsächlich den Anwohner\*innen vorbehalten bleiben.

### **Geteilter Raum – Platz für alle**

Das Umbauprogramm zur Umgestaltung von Kreuzungen zu Kreisverkehrsplätzen soll zügig weiter umgesetzt werden. Kreisverkehre anstelle aufwendiger Ampelanlagen sind eine kostengünstige Lösung und dienen der Vermeidung von Unfällen. Wir setzen uns für die Einführung von modernen Konzepten wie dem sogenannten „Shared Space“ (Platz für alle) ein. Die Steigerung des partnerschaftlichen und rücksichtsvollen Verhaltens aller Verkehrsteilnehmer\*innen sorgt dafür, den Verkehrsraum als städtischen Lebensraum zurückzugewinnen.

### **Güterverkehr**

Zum Schutz der Anwohner\*innen an schadstoff- und lärmbelasteten Straßen, wie zum Beispiel der Reuterstraße, müssen überregionale Güterverkehre mehr auf die Schiene verlagert werden. Die Sperrung stark belasteter Straßen für den LKW-Verkehr muss geprüft werden, damit die Belastung der Anwohner\*innen solcher Straßen verringert wird. Für die Feinverteilung von Waren bedarf es keiner großen LKW. Der LKW-Verkehr in der Stadt und dessen negative Auswirkungen können auch durch eine bessere Kontrolle der Umweltzone deutlich vermindert werden. Die Einhaltung der zeitlichen Beschränkung der Anlieferung in den Fußgängerzonen muss verstärkt kontrolliert werden. Ein City-Logistik-System für Bonn und die Region mit eigenem Gleisanschluss soll Güter sammeln und effizient weiterverteilen. Hierzu ist die Sicherung der vorhandenen Gütergleisanschlüsse notwendig.

### **Elektro-Mobilität**

Um den Klimaschutz in Bonn weiter zu unterstützen, wollen wir die ökologisch sinnvolle E-Mobilität fördern und unterstützen. Hierzu sollen sowohl für E-Bikes (Pedelecs) als auch für E-Autos die notwendige Infrastruktur sowie ein flächendeckendes Netz an Ladestationen geschaffen werden. Dabei ist darauf zu achten, dass der an den Ladestationen angebotene Strom aus erneuerbaren Energien stammt. E-Mobilität, die auf Kohle- oder Atomstrom beruht, bietet keine ökologischen Vorteile. Dies möchten wir in enger Zusammenarbeit mit den Stadtwerken Bonn anstreben.

## Teilen von Fahrzeugen

Zur Förderung neuer moderner Mobilitätslösungen wollen wir das Teilen von Fahrzeugen und Fahrrädern in Bonn fördern. Besonders wollen wir im Bereich Carsharing die Angebote zum Teilen von Elektro-Autos unterstützen. Für den Radverkehr wollen wir die bereits von uns vorangetriebene Einführung eines stadtweiten Fahrradverleihsystems weiterverfolgen und nachfrageorientiert ausbauen. Wir sehen darin eine gute Möglichkeit für Pendler\*innen, ihre Mobilitätskette umweltgerecht zu ergänzen.

## Lebensräume planen – Bonn gestalten

Die Stadt muss ihre Planungs- und Gestaltungshoheit wieder aktiver in die Hand nehmen und darf sich diese Aufgabe nicht von Privatinvestoren aus der Hand nehmen lassen.

Stadtplanung muss dafür sorgen, dass alle Bürger\*innen gleichermaßen am öffentlichen Leben teilhaben und in ihr Wohnumfeld integriert sind. Dabei folgt die Stadtplanung dem Leitbild einer barrierefreien Stadt mit barrierefreien Wohnungen und Geschäften sowie Barrierefreiheit im gesamten öffentlichen Raum.

*Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige Politik der Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen.*

Bonn ist eine wachsende Stadt auf engem Raum. Der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum wie auch an Gewerbestandorten ist sehr groß. Vor der Inanspruchnahme bisher unbebauter Flächen geben wir einer intensiveren Nutzung des bestehenden Baubestandes den Vorrang. Dies kann zum Beispiel erreicht werden durch eine maßvolle Bebauung von Baulücken oder durch die Aufstockung bestehender Gebäude.

Bereits versiegelte Flächen wie beispielsweise die Ermekeil- und die Gallwitzkaserne, das Gelände der Kurfürstenbrauerei und das ehemalige Auslieferungszentrum der Post sollten bevorzugt zu Quartieren mit bezahlbarem Wohnraum entwickelt werden. Wenn möglich sollte die Stadt solche Flächen erwerben, um die Entwicklung im Sinne des Gemeinwohls besser steuern zu können.

*Unser Ziel ist eine Stadt mit Vierteln, in denen alle Bevölkerungsgruppen in lebendiger Nachbarschaft zusammenleben, Autos weitgehend verzichtbar sind und gesunde Lebensverhältnisse herrschen.*

Deshalb sind bei der Ausweisung neuer Bauflächen folgende Grundzüge zu beachten:

- Freiflächen sind die „grüne Lunge“ der Stadt. Sie sorgen für ein erträgliches Stadtklima und sind für Naturschutz und Naherholung unverzichtbar. Das kürzlich aktualisierte Inte-

grierte Freiraumsystem (IFS) muss deshalb als Richtschnur der städtischen Raumplanung uneingeschränkt Beachtung finden. Besonders in den schon heute hochverdichteten Quartieren muss auf den Erhalt von Freiraum, Grünflächen und auf ausreichenden Lärmschutz geachtet werden.

- Frühzeitige und intensive Bürgerbeteiligung
- Zur Verhinderung von Gentrifizierung sollte auch in den gewachsenen Vierteln der Stadt eine ausgewogene Mischung von Wohnformen für alle Bevölkerungskreise angestrebt werden.
- Wir plädieren für eine Stadt der kurzen Wege. Durch das Zusammenführen von Wohnen, Arbeit, Versorgung und Freizeit wird umweltschädlicher Verkehr eingedämmt. Fehlentwicklungen der Vergangenheit wie die Monostruktur des Bundesviertels als reiner Bürostandort müssen durch entsprechende Planungen korrigiert und somit eine Mischung von Wohnen und Arbeiten gewährleistet werden. Denn der Charakter von Arbeiten und Wohnen hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert: Heute gibt es aufgrund der technologischen Entwicklungen sehr viel mehr nicht-störendes Gewerbe als früher, welches auch in Wohnbereichen ohne Probleme ausgeübt werden kann. Alle Wege des täglichen Lebens sollten fußläufig oder mit dem Fahrrad zu bewältigen sein. Mindestvoraussetzung für alle Bauvorhaben ist eine gute ÖPNV-Anbindung.
- Strukturen, die eine lebendige Nachbarschaft ermöglichen, sind zu fördern, wie zum Beispiel Mehrgenerationen-Wohnen, Quartierstreffpunkte und öffentliche Plätze, Freizeiteinrichtungen und öffentliche Grünflächen. Für Kinder muss ausreichend attraktiver und sicherer Platz zum Spielen vorhanden sein.
- Bei jedem öffentlichen Bauvorhaben und in der Bauleitplanung muss das Prinzip der Barrierefreiheit gewährleistet sein.
- Die städtebauliche Weiterentwicklung sollte behutsam erfolgen ohne Zerstörung des ortstypischen Stadtbildes. Bestehender, historischer Baubestand, der das Ortsbild prägt, sollte gepflegt werden, auch wenn kein offizieller Denkmalschutz vorliegt.
- Bei jedem Neubauvorhaben sollen künftig höchste Umwelt- und Energiestandards eingehalten werden.

*Wir GRÜNE unterstützen ausdrücklich die Ziele des „Masterplans Innere Stadt“.*

Wir setzen uns besonders für solche Projekte ein, die eine bessere Verknüpfung der Innenstadt mit ihren umliegenden Wohnvierteln und dem Rheinufer schaffen. Dabei gilt es, den motorisierten Individualverkehr zurückzudrängen zu Gunsten von mehr Platz für Fußgänger\*innen sowie für öffentliche Plätze und Grünflächen.

Das bedeutet:

- kein privater Autoverkehr zwischen Belderberg und dem Hauptbahnhof
- eine Aufwertung des Stadthausumfeldes im Rahmen der Sanierung des Stadthauses
- effektive Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung für die Straßen durch die hochbelasteten nördlichen Wohnviertel entlang der Bornheimer Straße und der unteren Kölnstraße
- Maßnahmen zur Stärkung des Wohnens in der inneren Stadt.

Die City ist der Marktplatz, das Aushängeschild und das gemeinsame Wohnzimmer für alle Bonner Bürger\*innen. Der unverwechselbare Charakter der liebenswerten Bonner Innenstadt lebt vor allem durch seine ausgewogene und attraktive Mischung zwischen Einzelhandel, Wohnen, öffentlichen Plätzen und Einrichtungen. Die Bonner Innenstadt ist auch nach Geschäftsschluss noch lebendig. Das muss erhalten bleiben.

Der Einzelhandel ist durch den zunehmenden Internethandel im Umbruch begriffen. Deshalb ist es notwendig, den innerstädtischen Einzelhandel durch konsequente Anwendung des „Einzelhandels- und Zentrenkonzepts“ zu stützen und keine Genehmigungen von großflächigen Handelsflächen außerhalb der gewachsenen Einzelhandelsstrukturen zu erlassen. Wir lehnen Einzelhandelsstandorte ab, die nur auf autofahrende Kunden abzielen. Gleichzeitig werden in der Innenstadt weitere Einzelhandelsflächen benötigt, die aber maßvoll entwickelt werden müssen.

*Eine Überfrachtung der Innenstadt mit neuen, großen Einkaufszentren lehnen wir GRÜNE ab, da hierdurch die Vielfalt der Innenstadt immer weiter abnimmt.*

Vor dem Bahnhof können neue Geschäftsflächen geschaffen werden, wenn sie im Charakter einer Stadtreparatur das für den U-Bahnbau in den 70er-Jahren abgerissene Geschäftsquartier ersetzen. Die Ergebnisse der „Bürgerwerkstadt Bahnhofsvorplatz“ sind zu beachten. Die neuen Gebäude müssen sich auch stilistisch in die Umgebung einfügen und gegenüber ihrem Umfeld öffnen.

*Typische Shoppingmalls lehnen wir ab.*

Das Viktoriabad-Viertel ist für zusätzlichen Einzelhandel nur in geringem Maße geeignet. Im Krieg vollständig zerstört, wurde das Viertel in den 50er-Jahren auf altem Grundriss und in seinem historischen Maßstab wieder aufgebaut. Heute ist es durch seine Nachbarschaft zum Uni-Hauptgebäude, durch kleine Läden, Wohnungen und Gastronomie studentisch geprägt. Bonn kann sich glücklich schätzen, seine Universität mitten in der Stadt zu haben. Dazu gehört auch ein Umfeld, in dem Studierende leben und arbeiten können. Die vorhandene Durchmischung des Bereiches unter Einbeziehung maßvoller Einzelhandelspräsenz und universitärer Nutzung soll bei der Neuplanung des Viktoria-Karrees die Richtschnur der Entwicklung sein. *Eine Zerstörung der vorhandenen Strukturen durch ein großflächiges Einzelhandelszentrum lehnen wir ab, auch wenn die Stadt bei einem verträglicheren Projekt weniger Einnahmen durch den Verkauf des geschlossenen Viktoriabades erzielt.*

## **Bonn: Raum für soziale Politik – Raum für alle!**

### **Soziales Netz**

*GRÜNE Politik hat zum Ziel, dass alle Menschen selbstbestimmt mitten in der Gesellschaft leben können. Wer besondere Unterstützung braucht, soll diese auch erhalten – egal, ob er*

oder sie behindert, arbeitslos, drogenabhängig, aus einer Haftstrafe entlassen oder anderweitig in einer schwierigen sozialen Situation ist. Alle Menschen sollen am Stadtleben teilhaben können.

Die Stadt Bonn unterhält ein differenziertes soziales Netz. Die meisten Tätigkeiten wie Sozialarbeit, Schuldnerberatung oder psychosoziale Betreuung sind gesetzliche Aufgaben. Wichtige und unverzichtbare Partner des sozialen Netzwerks sind aber auch kleinere und größere Träger der Wohlfahrt sowie eine große Anzahl von Initiativen, Vereinen und einzelnen Akteuren. Alle leisten entsprechend ihren eigenen Zielen sowohl ehrenamtliche als auch von der Stadt oder von der jeweiligen Klientel zu bezahlende Hilfe.

Die Hilfe hat viele Facetten: Fachliche Beratung, Rechtshilfe, Hilfe zur Selbsthilfe, Wiedereingliederung in Arbeit und Gesellschaft, Wohngeld/Kosten der Unterkunft, Bereitstellen einer Schlafmöglichkeit für Wohnungslose, Suchtentwöhnung, Sozialgeld oder Erstausrüstung von Wohnungen. Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen, wollen wir auch weiterhin durch den vollständigen Erhalt des Bonn-Ausweises entlasten.

*Wir GRÜNE unterstützen die Vielfalt dieses sozialen Netzes und wollen sie dauerhaft erhalten.*

*Im Bereich Drogen und HIV möchten wir die kommunale Drogenprävention und -hilfe auf dem derzeitigen Niveau sichern. An der Hilfe für Suchtkranke wollen wir auch das Gesundheitsamt beteiligen. Die kommunale Arbeit von AIDS-Hilfe und AIDS-Initiative soll in vollem Umfang bestehen bleiben.*

*Die soziale Situation vieler Prostituerter insbesondere auf dem Straßenstrich hat sich in den vergangenen Monaten deutlich verschärft. Wir setzen uns unter Beachtung der bestehenden Strukturen und in Kooperation mit diesen für die Einrichtung einer „Kommunalen Plattform Prostitution“ ein, die unter Einbeziehung von Politik, Verwaltung, Polizei, Trägern von Beratungs- und Hilfsangeboten etc. Handlungsoptionen erarbeitet und auf deren Umsetzung achtet. Wir wollen die Träger von Hilfs- und Beratungsstrukturen darin unterstützen, ihre Angebote in der Muttersprache der betroffenen Frauen auszubauen.*

### **Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit**

*Ein wichtiger Anspruch unserer Politik ist es, Arbeit statt Langzeitarbeitslosigkeit zu finanzieren. Dies schließt auch diejenigen Menschen ein, die ohne Unterstützung wenig Aussichten auf einen regulären Arbeitsplatz haben.*

Wir möchten bewährte Bonner Arbeitsangebote erhalten, zum Beispiel die Fahrradbude der Caritas, das PAUKE-Bistro, den Umzugsservice des Vereins für Gefährdetenilfe (VFG) oder auch den Gebrauchtsupermarkt der SKM-Aufbruch gGmbH.

*Für mehr Arbeitsmöglichkeiten wollen wir weiterhin auf das Jobcenter einwirken. Gegen die Ausübung von Willkür und Druck auf Hartz-IV-Empfänger\*innen konnten wir 2011 eine Omnibudsstelle einrichten.*

## **Sozialen Wohnungsbau fördern**

Die Wohnsituation in Bonn gestaltet sich zunehmend schwieriger. Anhaltender Zuzug, steigende beziehungsweise hohe Mieten bei Neuvermietung haben zur Folge, dass für immer mehr Menschen Wohnraum unbezahlbar wird. Der Leerstand von über 4.500 Wohnungen und der zurückgehende Bestand an Sozialwohnungen tragen erheblich zu dieser Verknappung bei.

*Wir GRÜNE wollen eine soziale Wohnungspolitik.* Zur Erleichterung der Mietsituation haben wir in den Haushaltsverhandlungen für 2014/15 die städtische Wohnungsbau-Gesellschaft VEBOWAG mit 5 Millionen Euro zusätzlichem Eigenkapital jährlich ausgestattet. Wir GRÜNE befürworten weitere städtische Beiträge zum sozialen Wohnungsbau, [zur Linderung der Wohnungsnot und zur Begrenzung des Mietpreisanstiegs in Bonn], etwa durch Bereitstellung von Baugrund, durch Kapitalerhöhung der VEBOWAG oder den weiteren Rückkauf von Belegungs-/Besetzungsrechten.

*Wie bisher streben wir ein maßvoll verdichtetes Bauen an (ca. 70 Wohnungen pro Hektar).* Dazu gehört auch die maßvolle Nachverdichtung bestehender Flächen. Flexible Architektur für eine später zu verändernde Nutzung der Bauten ist ein guter Weg zur Nachhaltigkeit. Die spätere Anpassungsmöglichkeit der Grundrisse erleichtert die Umnutzung von Gebäuden (zum Beispiel Studentenheime → Unterkünfte für Flüchtlinge; Großfamilie → Wohngemeinschaft).

Als Strategie gegen Leerstand haben wir im Stadtrat eine Zweckentfremdungssatzung für Bonn beschlossen. Gegen den Wohnungsverfall der großen Kapitalgesellschaften wie zum Beispiel der Deutschen Annington und der BlmA wird in Tannenbusch eine Sanierungssatzung erlassen als Teil des laufenden 19-Millionen-Euro-Programms „Soziale Stadt Tannenbusch“. In diesem Erneuerungsprogramm für die Hochhaussiedlung Neu-Tannenbusch wird besonderer Wert auf die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohnern gelegt, die sich so an der auf viele Jahre angelegten Umgestaltung beteiligen können.

## **Quartiersmanagement und Stärkung der Wohnungsverwaltung**

Das Wohnungsamt und die Beratungsstelle für neue Wohnformen sollen gestärkt werden. Wohnungstausch, die Veränderung von Wohnungszuschnitten, genossenschaftliches Bauen und Wohnformen im Alter, der Rückkauf auslaufender Belegungs- und Besetzungsrechte für Sozialwohnungen – all dies kann ein wichtiger Beitrag sein zur Vermeidung von Fehlentwicklungen wie heruntergekommenen oder überbelegten Wohnvierteln. Ebenso entscheidend ist dabei eine ausgewogene Durchmischung in den Wohnvierteln. Wir GRÜNE haben erreicht, dass im Haushalt 2013–2017 mehrere Millionen Euro für den Ankauf von Belegungsrechten bereitgestellt werden, die in den kommenden Jahren auslaufen. Auf diese Weise hat die Stadt Bonn auch in Zukunft die Möglichkeit, Sozialwohnungen zu belegen.



*Nach GRÜNER Vorstellung soll ausreichender Wohnraum für studentisches Wohnen, Wohnen für Alleinerziehende, Wohnen für Migranten und für Flüchtlinge vorhanden sein oder geschaffen werden.*

### **Selbstbestimmtes Leben und Wohnen im Alter**

*Wir setzen uns für eine Infrastruktur ein, die uns im Alter die Wahl lässt zwischen der bisherigen Wohnung, einem Pflegeheim, kleinen Wohngruppen oder Wohngemeinschaften und das alles möglichst wohnortnah. Dies kann nur durch planvolle Steuerung und örtliche Entwicklung geleistet werden. Quartiersmanagement – wie wir es heute im Stadtteil Tannenbusch oder in Pennenfeld, Bad Godesberg, erleben – ist notwendig, um Sozialkontakte, Betreuung und Teilhabe zu ermöglichen. So kann der Bedarf an altersgeeigneten und barrierefreien Wohnungen erkannt werden. Seniorenbegegnungsstätten und Nachbarschaftstreffs sind für selbständiges Leben im Alter eine notwendige Voraussetzung.*

*Die Pflege muss konsequent vom Menschen aus gedacht werden – deswegen haben wir uns dafür eingesetzt, dass die drei kommunalen Altenheime nicht privatisiert, sondern stattdessen zu vorbildlichen Einrichtungen umgebaut, modernisiert und nach dem Wohngruppenkonzept eingerichtet und betrieben werden.*

Ebenso wollen wir ein neues Konzept von Pflegewohnungen beziehungsweise häuslicher Pflegebetreuung in den Quartieren (sogenanntes „Bielefelder Modell“) initiieren, um die dezentrale Versorgung pflegbedürftiger alter Menschen in Bonn zu verbessern. Dabei legen wir Wert darauf, dass bei der Versorgung auch auf die kulturellen Bedürfnisse von Migrant\*innen im Seniorenalter Rücksicht genommen wird (kultursensible Seniorenarbeit).

### **Teilhabe von Menschen mit Behinderung**

*Auf Initiative von uns GRÜNEN wurde von 2009 bis 2011 der „Behindertenpolitische Teilhabeplan“ erarbeitet und anschließend einstimmig im Rat verabschiedet. Wir wollen, dass Menschen mit einer Behinderung bei allen Angelegenheiten, die sie betreffen, entsprechend der UN-Behindertenrechtskonvention beteiligt werden: zum Beispiel bei der Stadtplanung, im Bereich Kultur und Tourismus oder auch im Bildungswesen. Wir machen uns stark dafür, dass öffentliche und private Arbeitgeber zumindest im Rahmen der gesetzlich verpflichtenden Quote Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang begrüßen wir Initiativen wie etwa „Bonn fairbindet“, die das gleiche Ziel haben.*

### **Integration in Bonn**

Laut Zensus 2011 haben 30 % der Bevölkerung in Bonn einen Migrationshintergrund. Integration bedeutet heute, Menschen verschiedener ethnischer, kultureller, sprachlicher, religiöser Herkunft aus unterschiedlichen sozialen und familiären Hintergründen zusammenzubringen. Ob Flüchtlinge aus Kriegsgebieten, ob Zuwanderer\*innen aus EU-Ländern

oder wirtschaftlichen Krisenländern, die Zuwanderung wächst, und die spezifischen Anforderungen an Integration sind hoch. Versäumnisse der Vergangenheit sind deutlich spürbar.

*Interkulturelle Öffnung muss darum Ziel und Kernthema aller Institutionen und Einrichtungen in Bonn sein.*

### **Perspektiven für Kinder und Jugendliche aus Zuwandererfamilien**

Kinder und Jugendliche, die selbst oder deren Eltern oder Großeltern Migrationserfahrung haben, müssen eine Perspektive in unserer Gesellschaft bekommen. Zu oft zählt noch – trotz deutscher Staatsangehörigkeit – nur die Herkunft eines Menschen. Wer keinen Platz und keine Anerkennung in unserer Gesellschaft bekommt, fühlt sich missachtet und ausgegrenzt oder wendet sich enttäuscht von der Gesellschaft ab. Berufliche und soziale Integration sind daher von großer Bedeutung. Die Bemühungen der Stadt, den Anteil der städtischen Auszubildenden mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil zu erhöhen, sollten bei allen Einstellungen realisiert werden.

- Die **Einführung der anonymisierten Bewerbung** sollte erneut geprüft werden mit dem Ziel, sie mit einem vereinfachten Verfahren umzusetzen.
- Im Rahmen der „Charta der Vielfalt“ soll die Stadt Bonn weitere Unternehmen und Einrichtungen gewinnen, die die **sprachliche und kulturelle Vielfalt bei Stellenbesetzungen** und in der Ausbildung besonders berücksichtigen.
- **Spezifische Sprachförderangebote in beruflichen Kontexten** sollten verstärkt angeboten werden.
- Alle **Bemühungen um Fachkräfte** und Beschäftigte aus dem Ausland sollen grundsätzlich auch für bereits **in Bonn lebende Migrant\*innen** gelten.

### **Integration und Bildung**

Sprachkurse, die Förderung der Zwei- und Mehrsprachigkeit, das Erlernen und Pflegen der Herkunftssprache, in zunehmendem Maße auch die Alphabetisierung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen aus Kriegsgebieten – all dies sind wichtige Grundlagen und Voraussetzungen für erfolgreiche Bildungsabschlüsse und bessere berufliche Chancen. Mehrsprachigkeit ist für uns GRÜNE nicht nur eine angesagte Modeerscheinung.

Viele Zuwanderer bringen zudem reiche kulturelle Kenntnisse und Fertigkeiten mit. *Wir verstehen diese Fähigkeiten als besondere Ressource, die bereits bei einem großen Teil der Bonner Bevölkerung vorhanden ist. Sie erfährt noch zu wenig Wertschätzung und sollte daher aktiv gefördert werden.* Der Zugang zu kultureller Bildung wie zum Beispiel die Entwicklung von weitergehendem Verständnis von Sprache, das Kennenlernen von Erzählkultur und Literatur gehört zu den Grundbedürfnissen aller Bürger. *Deshalb fordern wir GRÜNE eine stärkere Öffnung aller städtischen kulturellen Einrichtungen wie Bibliotheken, Musikschule, VHS, Theater und Museen für Migrant\*innen.*

### **Familien**

Für Eltern, Paare, Kinder und Jugendliche benötigt Bonn eine interkulturelle Familienberatung mit multiethnischem, mehrsprachigem Team. Angebote, die Mädchen und Frauen ermutigen und unterstützen, ihren eigenen Weg zu gehen, sind unverzichtbar.

Migrant\*innen mit Behinderung oder Eltern mit behindertem Kind brauchen spezifische Beratung und Unterstützung. Das wichtige Ziel der Inklusion darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Lebenslagen und Bedarfe in einer heterogenen, von Zuwanderung geprägten Gesellschaft sehr unterschiedlich sind.

Der Gesundheitsbereich ist komplex und für viele Migrant\*innen voller Hürden. Eine Anlaufstelle mit erster Beratung wäre ein denkbarer Anfang, bis ein von vielen gewünschtes Gesundheitszentrum, wie zum Beispiel in Köln, eingerichtet werden könnte, das auch Behandlungsmöglichkeiten für traumatisierte Flüchtlinge anbieten könnte.

Die Angebote und Dienste im Bereich der Altenhilfe und Pflege sind ganz besonders für Zugewanderte kaum zu überschauen. Auch hier ist interkulturelle Kompetenz zu verankern.

Deshalb setzen wir GRÜNE uns ganz besonders ein für:

- eine Interkulturelle Familienberatung mit multiethnischem, mehrsprachigem Team
- Frauen- und Mädchenberatung
- Anlaufstellen für Migrant\*innen im Sachen Gesundheit, Altenhilfe und Pflege

### **Rassismus und Diskriminierung**

Auch in Bonn gehören Rassismus und Diskriminierung leider zum Alltag. Die neue Antidiskriminierungsarbeit in der Verwaltung muss gestützt und mitgetragen werden, damit sie erfolgreich arbeiten kann. An der Erstellung eines Aktionsplans im Rahmen der angestrebten Mitgliedschaft der Stadt in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus (UNESCO) müssen Bonner Institutionen, Einrichtungen, Schulen, Vereine und Multiplikatoren sich aktiv beteiligen. Zu einer internationalen UN-Stadt gehört ein offensiver Umgang mit Rassismus, damit dieser nicht klammheimlich an zu vielen Orten geduldet wird.

Wir GRÜNE setzen uns für den Antirassismus und Antifaschismus ein: In unserer Gesellschaft ist kein Platz für Fremdenfeindlichkeit und Hetze jedweder Art! Dafür gehen wir auch auf die Straße. Dieses Engagement ist sehr wichtig für Bonn. Deswegen müssen auch weitere, lokale Projekte gegen Diskriminierung, sowie Initiativen und Bündnisse von der Stadt unterstützt werden. Dazu gehört auch die Entkriminalisierung von antifaschistischem Engagement. Wo immer sich Menschen Nazis entgegenstellen, darf es keine Pauschalisierung und Vorverurteilung geben! Daher sind entsprechende Fortbildungsmaßnahmen für Behörden, Bildungseinrichtungen unter anderem sehr wichtig.

Wir GRÜNE unterstützen

- die Antidiskriminierungsarbeit der Verwaltung
- die Mitarbeit an einem Aktionsplan im Rahmen der angestrebten Mitgliedschaft der Stadt im EU-Städtebündnis gegen Rassismus

- Fortbildungen von Behörden und Bildungseinrichtungen
- lokale Projekte gegen Diskriminierung und Faschismus sowie entsprechende Initiativen und Bündnisse

## **Flüchtlinge**

Es gehört zur Verantwortung unserer Stadt, Flüchtlinge aufzunehmen und sie angemessen unterzubringen. Zügige Erstberatung, rasche Integrationsmaßnahmen und Sprachförderangebote sind wichtig und müssen von Bund und Land finanziell unterstützt werden. Auch für die Behandlung von traumatisierten Flüchtlingen müssen rasch Hilfen angeboten werden. Besondere Unterstützung benötigen jene Flüchtlinge, die in ihren Herkunftsländern durch Kriegsverletzungen oder schlechte medizinische Versorgung Behinderungen erworben haben. Für sie muss neben medizinischer und praktischer Hilfe eine kultursensible Unterstützung bei der Behinderungsbewältigung zur Verfügung stehen. Dies können die Kommunen jedoch finanziell nicht allein schultern.

Die „Save-me“-Kampagne in Bonn sowie alle Aktivitäten und Projekte, die sich mit bürgerschaftlichem Engagement um die Integration von Flüchtlingen bemühen, werden von uns ausdrücklich begrüßt und sind weiterhin von der Stadt zu unterstützen. Dazu gehört auch das in Bonn seit längerem von Beratungsstellen, Initiativen und Fraktionen bestehende gemeinsame Engagement für „Menschen ohne Papiere“ in Bonn (Runder Tisch).

Zukünftig soll eine Arbeitsgruppe bestehend aus Beratungsstellen, Fraktionen und städtischen Stellen die oft auftretenden, schwierigen ausländerrechtlichen Fälle gemeinsam beraten und Lösungsvorschläge erarbeiten.

Bei der Unterbringung von Flüchtlingen müssen auch die Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt werden. Viele Bürger\*innen sind verunsichert und verängstigt, wenn es heißt, dass in ihrer Nähe Flüchtlinge untergebracht werden. Die meisten Sorgen basieren auf Vorurteilen – ein Nährboden für rechtes Gedankengut. Deshalb muss die Einrichtung und Unterbringung von Flüchtlingen transparent geschehen. Es ist wichtig, dass die Anwohner\*innen informiert werden und sie bei Fragen oder Anliegen eine Ansprechpartner\*in haben. Informationsveranstaltungen, auf denen die Sorgen der Bürger\*innen ernst genommen werden und Aufklärungsarbeit betrieben wird, müssen dabei für eine uneingeschränkte Willkommenskultur sorgen!

Wir GRÜNE fordern

- Flüchtlinge angemessen unterzubringen
- Bürgerschaftliches Engagement in der Flüchtlingssolidarität zu unterstützen
- Einrichten einer Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Politik und engagierten Bürger\*innen, um schwierige ausländerrechtliche Fälle gemeinsam zu beraten und Lösungsvorschläge zu erarbeiten

## **Interreligiöser Dialog**

Die Zusammenarbeit der Religionen ist in Bonn ein elementarer Faktor für ein gutes Miteinander gerade auch in Stadtteilen, Schulen und Jugendeinrichtungen. Der in Bonn gegründete „Rat der Religionen“ soll diese Zusammenarbeit und die bereits vorhandenen interreligiösen Aktivitäten in Bonn unterstützen. Darüber hinaus soll die Stadt den intensiv geführten Dialog mit Muslim\*innen und die Zusammenarbeit mit Moscheegemeinden und muslimischen Organisationen fortsetzen. Präventionsmaßnahmen zur Bekämpfung eines politisch-radikalen Islamverständnisses sind zu unterstützen. Die Gefahren von Fanatismus in allen Religionen und Weltanschauungen darf dabei nicht übersehen werden. Islamfeindlichkeit und Hetze gegen Muslim\*innen werden von uns weiter aktiv bekämpft.

Wir GRÜNE sind

- gegen Fanatismus in allen Religionen und Weltanschauungen
- für die Unterstützung des „Rats der Religionen“ und anderer interreligiöser Initiativen
- für die Fortsetzung des Dialogs mit Muslim\*innen und Moscheegemeinden

### **Integrationsarbeit in der Kommune**

Die von Land und Bund wie von der Kommune geförderten Integrationseinrichtungen sind wichtige Anlauf- und Beratungsstellen in der Integrationsarbeit. Hinzu kommen viele kleine Organisationen, darunter Selbstorganisationen von Migrant\*innen, interkulturelle Bildungs- oder Elternvereine, religiöse Vereine und viele mehr. Das ehrenamtliche Engagement ist hier sehr groß. Das seit 2010 neu konzipierte Kultur- und Begegnungsfest der Stadt Bonn zeigt die Vielfalt und Breite der Akteure im interkulturellen Bereich.

Die Stadt selbst hat seit 2008 mit der Gründung der „Stabsstelle Integration“ eine wichtige Stelle geschaffen, die die kommunale Integrationsarbeit gestaltet und vorantreibt. Der Blick in andere Städte zeigt, dass diese Stabsstellen wichtige Querschnittsstellen für die Weiterentwicklung ihrer Städte sind. In Bonn ist die Stabsstelle unmittelbar beim Oberbürgermeister beziehungsweise der Oberbürgermeisterin angesiedelt. Sie wird von einem neuen, vom Land geförderten und von der Stadt mitfinanzierten „Kommunalen Integrationszentrum“ weiter unterstützt.

Wir GRÜNE unterstützen und stärken

- Selbstorganisationen von Migrant\*innen, interkulturelle Bildungs- und Elternvereine
- die „Stabsstelle Integration“ als beim OB/bei der OB angesiedelte Querschnittsstelle der Stadtverwaltung

## **Geschlechterpolitik – Vielfalt der Lebensentwürfe**

**Für Geschlechtergerechtigkeit**

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel GRÜNER Politik. Mit der Frauenquote und der Mindestparität ist unsere Partei einen wichtigen Schritt vorausgegangen. Frauen sind bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN längst erfolgreich auf allen Ebenen etabliert. Wir stehen dafür, dass Frauen die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen. Nur wir GRÜNE stehen für die 50 %-Quote, die Hälfte der Mandatsträger\*innen ist seit dem Einzug in den Bonner Stadtrat weiblich.

Die Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern sind unterschiedlich, es gibt keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit. Aber: Ohne Geschlechtergerechtigkeit gibt es keine moderne Gesellschaft. Noch immer nehmen zum Beispiel in der Hauptsache Frauen eher Elternzeit als Männer. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für Männer sowie eine bessere Integration von Frauen mit Kindern in den Arbeitsmarkt sind Voraussetzungen für eine positive Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft – auch im Hinblick auf den demografischen Wandel. Dazu bedarf es flexibler und moderner Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle. Unter anderem muss das Engagement von Männern für Kinder oder die Pflege von Angehörigen anerkannt werden und im beruflichen Umfeld Akzeptanz finden.

Hier muss die Bonner Stadtverwaltung Vorbildfunktion einnehmen und bestehende Programme in der Personalentwicklung weiterführen sowie entsprechende weitere Programme aufnehmen. Beim Blick auf die höchst dotierten Stellen fällt schnell auf, dass hier noch lange keine gerechte Quote erreicht ist.

Geschlechtergerechtigkeit ist keine Luxusfrage für (haushalts-)politisch gute Zeiten, sondern auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Zusammenhalts. Deshalb müssen Einsparvorschläge in Bezug auf ihre direkten Auswirkungen auf Frauen und Männer in ihren Beschäftigungen überprüft werden. Insbesondere Kürzungen im sozialen Bereich treffen vor allem Frauen. Es zeigt sich, wo öffentliche Versorgungsleistungen reduziert beziehungsweise zur Disposition gestellt werden, sind es vor allem Frauen, die dies auffangen. Gleichzeitig sind vor allem Frauen in karitativen Berufsfeldern tätig, die nicht nur schlechter bezahlt werden, sondern auch überproportional häufig von Kürzungen öffentlicher Gelder betroffen sind.

Deshalb muss der „Wirkungsorientierte Haushalt“ der Stadt Bonn auch im Hinblick auf geschlechtsspezifische Auswirkungen erweitert werden.

### **Queeres Leben in Bonn**

Unter einer vielfältigen Gesellschaft verstehen wir GRÜNE auch die Vielfalt der Lebens- und Partnerschaftsformen. Immer noch viel zu häufig werden Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert. Gerade in Schulen ist der Satz „Du schwule Sau“ eine der häufigsten Beleidigungen. Jugendliche brauchen in einer solchen Situation Hilfe.

*Daher freuen wir GRÜNE uns, dass in der letzten Wahlperiode der Bonner Rat mit GRÜNER Beteiligung das schwul-lesbische Jugendzentrum „GAP“ initiiert hat. Dieses Zentrum unter-*

*stützen wir GRÜNE und wollen es weiterhin stärken und die Erweiterung von solchen Angeboten unterstützen.*

Sexuelle Vielfalt ist auch kulturelle Vielfalt. Daher setzen wir GRÜNE uns weiterhin für das „Schwul-lesbische Sommerfest“ in Bonn ein. Auch Trans- und Intersexuelle müssen wir stärker in den Blick des politischen Handelns nehmen. Wir GRÜNE sehen weiterhin einen großen Aufklärungsbedarf, sowohl in der Schule, wo das „schwul lesbisch bi trans\* Aufklärungsprojekt“ (SchLAu) stärker gefördert werden muss, als auch in allen anderen Bereichen und auch in der städtischen Verwaltung.

*Wir GRÜNE wollen daher mit Initiativen, Politik und der Verwaltung ein Diversity-Leitbild erarbeiten, das auch andere Aspekte einer heterogenen Gesellschaft wie Behinderung, Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund einbezieht.*

## **Kinder und Jugendliche – Zukunft bauen**

Bonn wächst. Dieses Wachstum muss GRÜN sein. Während in anderen Städten Schulen und Kitas geschlossen werden, wird in Bonn kräftig gebaut. So entstanden allein in der letzten Ratsperiode über 700 neue Betreuungsplätze für Kinder zwischen ein und sechs Jahren. Lag die Betreuungsquote 2009 für Kinder unter 3 Jahren noch bei 18 %, so beträgt die Quote in diesem Jahr rund 40 %.

## Kindertagesstätten

Die größte Anstrengung der letzten Jahre im Bereich der Kinderbetreuung in Bonn war die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen U3-Platz. Mit 3.300 Plätzen inklusive Tagespflege ist Bonn im Vergleich zu vielen anderen Kommunen gut aufgestellt.

Das bedeutet aber nicht, dass wir in den Anstrengungen nachlassen dürfen. Auch in den nächsten Jahren wird es nötig sein, gemäß dem Bedarf der Familien im U3-Bereich zu investieren, ohne allerdings den Ü3-Bereich zu vernachlässigen. Dies alles selbstverständlich inklusiv, denn auch im Bereich der Kindertagesbetreuung wollen wir die Behindertenrechtskonvention umsetzen. In Bonn gibt es zurzeit über 200 inklusive Plätze für Kinder mit Behinderung, aber auch hier muss weiter investiert werden.

Um dies alles leisten zu können, müssen alle Träger im Bereich Kinderhilfe zusammenarbeiten und die Stadt in ihren Bemühungen für die Umsetzung der verschiedenen Rechtsansprüche unterstützen.

Weitere ergänzende Bausteine können hier Angebote der Unternehmen sein. Eine intensivere Zusammenarbeit der Stadt mit den in Bonn ansässigen Firmen zur Förderung von Betriebskitas und anderen nicht städtischen Einrichtungen kann helfen, ausreichende Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen und so die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu ermöglichen.

Die Qualität der Betreuung in den Einrichtungen muss erhalten und verbessert werden. Gleiches gilt für die Arbeitsbedingungen für Erzieher\*innen.

Wir haben durch eine neue Beitragsstaffelung bei den Betreuungsgebühren dafür gesorgt, dass Familien mit einem geringen Einkommen und mit mehreren Kindern deutlich entlastet wurden. Es zahlt nur noch ein Kind der Familie, alle anderen Betreuungsplätze im Bereich Kita, Tagespflege oder OGS sind kostenfrei.

In Bonn gibt es inzwischen 29 Familienzentren in den Kindertageseinrichtungen. Dort werden Eltern Angebote gemacht, um sie bei ihrer Erziehungsarbeit zu unterstützen und ihnen zu helfen, Familie und Beruf besser zu vereinbaren. Diese Angebote reichen von Elterncafés, Sprachkursen und Gesprächskreisen über Sport- oder Kunstkurse bis hin zu Erziehungs-, Ernährungs- oder Gesundheitsberatung. An einigen Orten werden auch Hebammensprechstunden angeboten.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- 500 neue Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren
- sozial gerechte Beiträge für Kita, Tagespflege und Offene Ganztagschule (OGS)

Wir GRÜNE fordern:

- Die Kinderbetreuung muss in Anbetracht des Rechtsanspruchs für Kinder ab 1 Jahr bedarfsgerecht weiter ausgebaut werden.



- Die Familienzentren sollen weiter ausgebaut werden.

### **Frühe Hilfen**

In Zusammenarbeit mit dem Netzwerk „Frühe Hilfen Bonn“, Kinderärzt\*innen, Hebammen und vielen anderen Trägern wurde ein Unterstützungsschirm für Kleinkinder und ihre Familien aufgebaut. Ziel dieser Initiative ist es, möglichst früh den Kontakt zu Kindern und Familien aufzubauen. Eltern erhalten hier Unterstützung durch pädagogische Fachkräfte und Familienhebammen.

Dieses Angebot hat sich bewährt und arbeitet mit vielen Akteuren in den Stadtteilen zusammen. Um den Kindern und deren Eltern die notwendige Unterstützung zu bieten, muss es in den nächsten Jahren weiter verstärkt werden.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- das Netzwerk „Frühe Hilfen“

Wir GRÜNE fordern:

- Stärkung der „Frühen Hilfen“

### **Plätze für Kinder – Orte für Jugendliche**

Wir wollen weg von künstlich geschaffenen Spiellandschaften. Die Natur bietet die besten Plätze, die ohne viel Aufwand zu naturnahen Spielräumen umgestaltet werden können. Das muss der Weg in den nächsten Jahren sein, denn Kinder brauchen Platz zum Toben und zum Entdecken – und das bietet die Natur besser als jeder künstlich angelegte Spielplatz. Dazu haben wir im Rat eine naturnahe Spielplatzplanung beschlossen, die sich an den Kindern vor Ort orientiert und diese direkt beteiligt.

Wir GRÜNE wollen in der nächsten Ratsperiode zusammen mit der Verwaltung einen Weg finden, um selbstbestimmte Partys unter freiem Himmel, wie zum Beispiel die „Nordbrückenpartys“, aus der Illegalität herauszuholen und ihnen eine rechtliche Grundlage zu geben. Jugendlichen muss es in Zukunft ermöglicht werden, selbst Treffpunkte zu finden und zu nutzen, wenn sie dabei keine Anwohner\*innen stören. Zusätzlich wollen wir GRÜNE attraktive Orte für Jugendliche schaffen und anbieten.

Gerade alternativ lebende Jugendliche brauchen spezielle Freiräume, in denen sie sich individuell entfalten können. In den vergangenen Monaten machte die Kampagne „Libertäres Zentrum“ mittels Besetzungen von sich reden. Unser Ziel ist es, auf legalem Wege geeignete Freiräume zu finden und bereitzustellen, die einem unkommerziellen und alternativen Projekt eine Chance gibt. Gerade diese selbstverwaltenden und selbstverantwortlichen Jugendzentren geben den Jugendlichen die Möglichkeit, wichtige Erfahrungen für das Leben zu sammeln.

Wir wollen die städtische Jugendarbeit erneuern. Die Offenen Türen erreichen nur bestimmte Jugendliche. Wir wollen eine bessere Nutzung der Offenen Türen mit Angeboten für Kinder, Jugendliche, Erwachsene und Familien in Kooperation mit Schulen und Trägern der freien Jugendhilfe und der Erwachsenenbildung erreichen.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- Die Spielleitplanung ersetzt die Spielplatzbedarfsplanung.
- Spielflächen werden nur noch naturnah ausgebaut.

Wir GRÜNE fordern:

- Orte, an denen sich Jugendliche treffen können.
- Öffnung der Offenen Türen in den Stadtteilen

### **Kinderarmut**

Der „Runde Tisch gegen Kinderarmut“, seinerzeit initiiert von uns GRÜNEN, hat in den letzten Jahren immer wieder auf einen Tatbestand aufmerksam gemacht hat, der in einer reichen Gesellschaft eine Schande ist: Auch in Bonn gibt es ca. 16.000 von Armut bedrohte Kinder. Am meisten zeigt sich das am Problem der Teilhabe, denn ohne Geld kann kein Kind im Sportverein aktiv werden, die Musikschule besuchen und viele andere Aktivitäten wahrnehmen. Das Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) der Bundesregierung war hier nicht wirklich hilfreich und hat die Probleme nicht gelöst. Deshalb hat Bonn über das BuT Schulsozialarbeiter\*innen eingestellt, die vor Ort im Stadtteil und in den Schulen Kindern mehr Hilfen und Unterstützung geben können.

Auch der Bonn-Ausweis, ein kostenloses Mittagessen in Schulen, günstigere Fahrten für den ÖPNV, Eintritte in Schwimmbäder und andere städtische Einrichtungen stärken die Teilhabe. Die Familienzentren und die „Frühen Hilfen“ sowie viele Einzelprojekte freier Träger unterstützen diese Kinder dank finanzieller Mittel der Stadt. Im schulischen Bereich hat die Offene Ganztagschule (OGS) ebenso dazu beigetragen wie vergleichbare Angebote in weiterführenden Schulen. Diese Angebote müssen erhalten und wo nötig ausgebaut werden. Denn nur durch Bildung können Kinder und Jugendliche der Armutsfalle entfliehen.

Wir GRÜNE haben in den vergangenen Jahren Einiges auf den Weg gebracht, um Kinder und Jugendliche zu unterstützen.

- Die möglichst frühe Unterstützung für Eltern und Kinder wurde ausgebaut.
- Die Anzahl der Familienzentren wurde erhöht. Diese benötigen allerdings eine höhere finanzielle Ausstattung, die nur über eine bessere Landesfinanzierung möglich ist.
- Wir haben trotz schwieriger Finanzlage den Bonn-Ausweis erhalten.

Wir GRÜNE fordern:

- Erhaltung des Bonn-Ausweises auch in der Zukunft

- Weitere Angebote, die helfen, Kinder zu stützen und zu fördern, statt ihnen durch vorzeitige Aussortierung und Zurückstufung im Schulsystem Bildungsmöglichkeiten und Motivation zu nehmen.
- Bessere Vernetzung der Angebote zur Förderung von Kindern im Stadtteil
- Fortschreibung des Bonner Konzeptes gegen Kinderarmut

## **Gesundheit**

Schadstoffbelastete Schulen und Kitas waren in den letzten Jahren ein Dauerthema. Durch GRÜNE Initiativen wurden die Schadstoffe in von Kindern genutzten Räumen erst öffentlich gemacht und die Sanierungen der belasteten Gebäude eingeleitet. Aber noch immer sind nicht alle Schadstoffe beseitigt. Mit allen Neuentdeckungen wie etwa asbesthaltigen Putzen muss transparent umgegangen werden. Die Gebäudenutzer müssen zeitnah informiert werden. Die Schadstoffdatenbank muss immer aktualisiert werden.

Wir unterstützen alle Bemühungen um eine gesunde Ernährung der Kinder in Kita und Schule mit Produkten aus regionalem und ökologischem Anbau. Wir werden die Präventionsangebote für Kinder und Eltern wie zum Beispiel die Einrichtung von Gesundheitszentren oder die Förderung gesundheitsbezogener Stadtteilprojekte verstärken.

Auch draußen besteht dringender Handlungsbedarf. Luftschadstoffe, die auf immer mehr Autos und das Fehlen eines wirksamen Luftreinhalteplans zurückgehen, sind in Kindernasenhöhe in besonders hohen Konzentrationen vorhanden.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- Transparenter Umgang der Verwaltung mit Schadstoffbelastungen
- Aufbau der Schadstoffdatenbank
- Sanierung der betroffenen Gebäude

Wir GRÜNE fordern:

- gesunde Räume für Kinder in Kita und Schule
- gesundes Stadtklima (Luftreinhalteplan)

## **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

Kinder und Jugendliche haben etwas zu sagen. Sie leben in dieser Stadt, und wir wollen ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Vorschläge in unsere Stadtgestaltung aufnehmen.

Wir brauchen neue Initiativen und Ansätze, um dieses Ziel zu erreichen. Wenn neue Spielflächen eingerichtet werden sollen, dann ist eine Kinderbeteiligung mittlerweile an der Tagesordnung. Aber es gibt viel zu wenig projektorientierte Beteiligungsprojekte, auch längerfristig angelegte Beteiligungsmodelle wie etwa Kinder- und Jugendparlamente fehlen.

In Zusammenarbeit mit Kitas, OGSen und Vertretungen von Schüler\*innen müssen wir ein Modell entwickeln, das Kindern und Jugendlichen in Bonn zu einer Stimme verhilft, die auch Einfluss auf die politischen Gremien und die politischen Entscheidungen nehmen kann.

Insbesondere Orte für Jugendliche wie Jugendfreizeiteinrichtungen müssen zusammen mit den Nutzer\*innen weiterentwickelt werden, damit sie auf deren Bedürfnisse passen. Die städtischen Jugendhäuser könnten mit der Öffnung in den Stadtteilen und unter Einbeziehung freier Träger weitaus besser und vielfältiger genutzt werden.

Angesichts der Ganztagsangebote einer wachsenden Anzahl von Schulen muss über neue Konzeptionen der offenen Jugendarbeit nachgedacht werden. Die Arbeit der Jugendfreizeitstätten sollte sich stärker auf Jugendliche mit Migrationshintergrund einlassen. Alle Jugendzentren müssen (in baulicher wie konzeptioneller Hinsicht) barrierefrei werden.

## **Sport und Gesundheit**

Bonn ist eine Sportstadt mit nationaler und internationaler Ausstrahlung. Als Standort des Internationalen Paralympischen Komitees (IPC) spielt Bonn in der ersten Liga des internationalen Behindertensports.

Im Leistungssport ist Bonn ein Standort für Badminton, den Modernen Fünfkampf, Fechten und vieles mehr. Sport hat eine wichtige wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung für unser städtisches Leben: Sport ist gesund, bringt Menschen zusammen und fördert die interkulturelle Verständigung. Dazu leisten die freien Vereine einen großen Beitrag. Deshalb ist uns GRÜNEN die konsequente Unterstützung des Vereinssports und des Breitensports wichtig.

Die vom Rat beschlossenen „Neuen Sportförderrichtlinien“ sowie ein neuer Sportfördervertrag sollen künftig die inhaltliche und finanzielle Grundlage für die erfolgreiche Entwicklung des Bonner Vereinssports bilden. Wir GRÜNE haben uns dafür eingesetzt, dass für die Umsetzung der „Neuen Sportförderrichtlinien“ ausreichend Mittel im Haushalt bereitgestellt werden. Deshalb hat der Stadtrat insbesondere auf Initiative von uns GRÜNEN beschlossen, dass ab dem Haushaltsjahr 2015 pro Jahr 1,3 Millionen Euro für die Umsetzung der Sportförderrichtlinien bereitstehen und bereits 2014 die Mittel um 300.000 Euro auf eine Million Euro erhöht werden. In einem Vertrag mit jeweils 5 Jahren Laufzeit zwischen Stadt und Stadtsportbund (SSB) soll die finanzielle Förderung langfristig und zuverlässig gesichert werden.

Wenn ein Verein sich selbst verwaltet oder um seine Sportstätte kümmert und auf diese Weise die Verwaltungsarbeit und den städtischen Haushalt entlastet, soll dies in der finanziellen Förderung berücksichtigt werden. Dazu können Zielvereinbarungen mit den Vereinen getroffen werden, in denen die Aufgaben und die finanzielle Ausstattung geregelt sind. Zu den Regelungen kann auch die Funktion als „Bauherr“ für die eigene Sportstätte gehören;

die Zahl der vereinseigenen Sportanlagen kann auf diesem Wege künftig deutlich zunehmen. Selbstverständlich gehört zu einer Vereinbarung auch eine wirksame Kontrolle der Mittelverwendung durch die Stadt.

Bei der Unterstützung von Vereinen und der Sanierung von Sportstätten soll nach transparenten, nutzernahen und solidarischen Kriterien verfahren werden. Die Sportentwicklungsplanung soll zum einen auf der Grundlage eines Sportstättenkatasters erfolgen, welches der Rat bereits beauftragt hat und der baldmöglichst vorgelegt werden soll, und zum anderen auf der Grundlage eines transparenten Kriterienkatalogs, der neben sportlichen auch ökologische und soziale Kriterien enthält. Sportbezogene Maßnahmen können so künftig nachhaltig und planvoll umgesetzt werden.

Die Bonner Sportstätten sind zum Teil in einem sehr schlechten Zustand. Dies wollen wir GRÜNE ändern. Auch die Sanierung muss nach objektiven, transparenten Kriterien erfolgen. Wir GRÜNE fordern daher eine Prioritätenliste zur Sanierung kommunaler Sportstätten.

Das Sportamt ist Koordinator in allen städtischen Angelegenheiten, die den Vereinssport und den Schul- und Freizeitsport betreffen. Die (Sport-)Verwaltung versteht sich als Dienstleister für die Querschnittsaufgabe Sport. Dazu gehört auch eine internetbasierte Verwaltungssoftware. Dort werden transparent Nutzungsanfragen bearbeitet und die Nutzungen mit ihren Zeiten für die einzelnen Sportstätten dargestellt. Die Sportstätten sollen für die gesamte Bonner Bevölkerung nutzbar sein. Damit dies gewährleistet ist, brauchen wir ein Steuerungselement für Hallenbelegungen. Wir GRÜNE wollen hierfür mit der Verwaltung, den Vereinen und anderen selbst organisierten Sporttreibenden Vorschläge erarbeiten.

Erwünscht ist für eine gute Zusammenarbeit ein jährlicher Sportbericht des Stadtsportbundes Bonn; der Bericht soll aus Sicht des Stadtsportbundes regelmäßig Auskunft über die Entwicklung des Bonner Sports und die Chancen und Risiken geben und Handlungsempfehlungen aussprechen. Hinzu könnte vonseiten des Sports ein „Beirat Sport“ kommen, der regelmäßig den Austausch mit der Politik und der Verwaltung pflegt.

Die Bäder als Teil der Bonner Sportstätten sollen auf der Grundlage des Mehrheitsbeschlusses des Rats nach dem sogenannten „Veränderungsmodell“ hochwertig saniert werden: zunächst das Frankenbad in der Inneren Nordstadt, anschließend das Hardtbergbad im Stadtbezirk Hardtberg. Wir GRÜNE befürworten die vom Rat beschlossene Privatisierung des Kurfürstenbades in Bad Godesberg. Des Weiteren soll dafür gesorgt werden, dass Bäder flexible Öffnungszeiten haben, sodass auch Berufstätige die Möglichkeit haben, die Bäder zu nutzen.

So wichtig der organisierte Sport ist — die meisten Bonner\*innen sind außerhalb von Vereinen im individuellen Breitensport aktiv: Joggen, Skaten, Walken, Fußball spielen, Fahrradfahren usw. Wir möchten die Infrastruktur auch hier verbessern — zum Beispiel durch besser beleuchtete Jogging- und Skaterstrecken (dort, wo es ökologisch verträglich ist). Nicht zuletzt gehören zu einer guten Infrastruktur für den Breitensport ausreichend Grün- und Freiflächen in der Stadt.

Neben dem Sport gibt es für uns weitere Gesichtspunkte eines gesunden Lebensstils, deren Unterstützung uns wichtig ist – zum Beispiel eine gesunde Ernährung. Gerade für Kinder und Jugendliche ist es von Bedeutung, früh eine gesunde und nachhaltige Ernährung kennenzulernen. Hier kommt den Schulkonferenzen eine wichtige Aufgabe zu. Wir GRÜNE möchten Erzieher\*innen, Lehrer\*innen ermuntern, mit Kindern und Jugendlichen über eine gesunde Ernährung zu sprechen. Dabei können didaktisch gut aufbereitete Informationen und ein Unterricht helfen, in dem über gesunde Ernährung gesprochen und anschaulich informiert wird.

Aber nicht nur persönlich, sondern auch im Stadtbild sollten die Vorteile gesunder und nachhaltiger Ernährung zu entdecken sein. Wir GRÜNE wollen daher die guten Erfahrungen des Programms „Essbare Stadt“ aus Andernach, Zürich und anderen Städten übertragen und die Anpflanzung von Nutzpflanzen auf geeigneten städtischen Grünflächen erlauben. Die Nutzpflanzen stehen dann allen Bürger\*innen zur Verfügung. Wir setzen dabei auf das Engagement interessierter Bonner\*innen, die das aus anderen Städten bereits bekannte „Urban Gardening“ betreiben.

## **Bildung und Wissenschaft – Bonn: Stadt der Ideen**

### **Schule in Bonn**

Bildung eröffnet soziale Teilhabe und gerechte Aufstiegschancen, sie ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben. Der Zugang zu Bildung muss daher allen Menschen ohne Hürden möglich sein.

Bildung darf nicht vom sozialen Hintergrund der Familie abhängen. Deshalb benötigen wir eine sozialraumbezogene und gesamtstädtische integrierte Schul-, Bildungs- und Jugendhilfepflege sowie eine inhaltlich ausgerichtete Schulentwicklungsplanung, in deren Mittelpunkt das Kind steht.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- Durch unterschiedliche Förderprogramme erreichen mehr Jugendliche einen Schulabschluss.

Das brauchen wir:

- Bisher gab es keine gemeinsame Planung des Schulamtes und des Amtes für Kinder, Jugend und Familie. Mit einer integrierten Jugend- und Schulentwicklungsplanung werden Themen aus dem Bereich der Jugendhilfe wie offener Ganztags, frühkindliche Bildung sowie offene Jugendarbeit und Themen aus dem schulischen Bereich gemeinsam und aufeinander abgestimmt betrachtet und analysiert. Unser Ziel ist es, durch eine integrierte Planung die Voraussetzungen für gerechte Bildungs- und Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen.

## **Inklusion**

Alle Menschen in Bonn sollen die Möglichkeit haben, an allen Bereichen gesellschaftlichen Lebens gleichberechtigt teilzuhaben und mitzumachen. Verschiedenheit wird dabei nicht nur als normal, sondern als bereichernd erlebt.

Das bedeutet aber auch, Kindertagesstätten, Schulen und die Offene Ganztagschule (OGS) so zu gestalten, dass sie in der Lage sind, auf Vielfalt einzugehen. Wichtig ist, dass bereits der Prozess des Wandels selbst inklusiv gestaltet wird und alle Beteiligten einschließt.

Ein inklusives Bonn schließt alle ein, Kinder mit und ohne Behinderung, Kinder mit und ohne Migrationshintergrund und Kinder mit und ohne besondere Förderbedarfe.

Wir begrüßen den „Behindertenpolitischen Teilhabeplan für die Bundesstadt Bonn“, in dem neben den bereits in Bonn bestehenden Möglichkeiten der Teilhabe für Menschen mit Behinderungen über 100 Handlungsempfehlungen für alle Lebensbereiche erarbeitet wurden, die es nun umzusetzen gilt. Dies gilt auch für die im Handbuch „Inklusive Bildung Bonn“ enthaltenen Schwerpunkte "Ausbau des gemeinsamen Unterrichts" und "Sprachbildung von Kindern und Jugendlichen".

Unterstützung brauchen die Schüler\*innen, bei denen schon im Vorfeld absehbar ist, dass Sie möglicherweise keinen Schulabschluss erreichen werden. Die bisherigen Förderprogramme zeigen, dass es möglich ist, Schüler\*innen zu unterstützen und zu motivieren. Diese Programme müssen – auch in Zeiten knapper Kassen – fortgeführt werden. Jedes Kind, das einen Abschluss erreicht, hat sehr viel größere Chancen auf eine Ausbildung und ein eigenständiges Leben.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- 23 Grundschulen und 10 weiterführende Schulen sind inklusiv.

Wir GRÜNE fordern:

- Die Ausweitung des inklusiven Schulangebotes insbesondere in der gymnasialen Oberstufe, den berufsbildenden Schulen sowie den Abendschulen und Kollegs für Erwachsene (Sekundarstufe II).

## **Schullandschaft bedarfsgerecht ausbauen**

Inzwischen hat Bonn 5 Gesamtschulen, 2 davon sind nach der letzten Kommunalwahl errichtet worden. Eine Sekundarschule soll im Schulzentrum Pennenfeld entstehen; auch hier lernen Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam.

Hauptschulen und Förderschulen werden weniger nachgefragt, die Räumlichkeiten werden aber weiterhin für Unterricht benötigt. Eine integrierte Schulentwicklungsplanung bringt auch hier Verbesserungen.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- Zwei neue Gesamtschulen in einer Ratsperiode, die Marie-Kahle-Gesamtschule in der Nordstadt und Bonns Fünfte in Kessenich.

Wir GRÜNE fordern:

- Weiterhin einen dem Elternwillen angepassten Aus- und Umbau der Bonner Schullandschaft mit einem vielfältigen Angebot.
- Die Ausweitung der internationalen Angebote in den städtischen Schulen, um das internationale Profil der Stadt zu schärfen.

### **Bedarfsgerechter Ganzttag**

Es gibt schon mehr Ganztagschulen als vor der letzten Kommunalwahl, allerdings sind dies in der Regel Haupt- und Realschulen. Zwei städtische Gymnasien bieten Ganztagszweige an.

Im Grundschulbereich ist inzwischen jede Schule Offene Ganztagschule (OGS), aber auch hier gibt es noch Wartelisten, die abgebaut werden müssen. Um die Chancen für alle Kinder nachhaltig zu verbessern, müssten die Grundschulen zu echten Ganztagschulen ausgebaut werden. Mit diesem Anliegen wenden wir uns an die Landesregierung, in deren Kompetenzbereich die Umsetzung fällt.

Auch die Verbindung zwischen Schule und OGS könnte an vielen Schulen noch verbessert werden. So gibt es immer noch Grundschulen, die einzelne Schulklassen für die OGS nicht öffnen. Das werden wir ändern.

Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen OGS und Vereinen – wie Sport- oder Musikvereinen – verbessern, insbesondere durch eine engere Vernetzung und intensivere Kommunikation der Beteiligten.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- Alle Grundschulen in Bonn bieten OGS-Plätze an.

Wir GRÜNE fordern:

- Bedarfsgerechter Ausbau der Ganztagsplätze, um allen Eltern, die einen Platz für ihr Kind wünschen, ein Angebot machen zu können.

### **Berufliche Schulen sichern und fördern**

Mehr als die Hälfte aller Schüler\*innen in der Sekundarstufe II besuchen berufliche Schulen. In den differenzierten Bildungsgängen beruflicher Schulen erwerben junge Menschen umfassende Kompetenzen für die Übernahme von Aufgaben und Verantwortung in Beruf, Gesellschaft und Familie. Berufliche Schulen eröffnen damit Perspektiven auf dem Weg in eine qualifizierte berufliche Tätigkeit, in weitere Ausbildungswege oder in ein Studium.

Darum ist es wichtig, dass die Stadt diese Schulen mit einer ausreichenden Zahl qualifiziert eingerichteter Unterrichts- und Fachräume versieht. Außerdem sollte sie diese Schulen darin



unterstützen, all denjenigen, die in den allgemeinbildenden Schulen nicht adäquat gefördert werden können, differenzierte Bildungswege aufzuzeigen und anzubieten. Die Bildungsberatung für Jugendliche ist in diesem Sinne auszubauen.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- Die Sanierung der Berufskollegs wurde endlich begonnen.

Wir GRÜNE fordern:

- Weitere Angebote für jugendliche Flüchtlinge
- Ausbau der Bildungsberatung und Unterstützung

### **Schulsanierungen fortsetzen**

Die Schadstoffsanierungen sind weitestgehend abgeschlossen, allerdings gibt es im Bereich der baulichen Sanierung noch viel zu tun. Vor allem der Energieverbrauch vieler Schulgebäude zeigt, wie notwendig energetische Sanierungen sind.

In Folge des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes wird die Anzahl der Schüler\*innen in einer Klasse reduziert. Kleinere Klassen und zunehmend inklusiver Unterricht an Schulen erfordern Räumlichkeiten. Hier sollen die vorhandenen Kapazitäten zum Beispiel von aufgelösten Schulen genutzt werden und da, wo es notwendig wird, muss mit baulichen Maßnahmen reagiert werden.

Schulhöfe sind auch öffentliche Spielplätze. Meist gleichen sie Teerwüsten, so dass in diesem Punkt Handlungsbedarf besteht.

GRÜNE Erfolge sind hier:

- Weitestgehender Abschluss der Schadstoffsanierungen

Wir GRÜNE fordern:

- Prioritätenplan zur übrigen Sanierung (vor allem in energetischer Hinsicht) der städtischen Schulen

### **Wissensgesellschaft und lebenslanges Lernen**

Bildungsabschlüsse und berufliche Laufbahnen werden unter den Vorzeichen der Wissensgesellschaft zunehmend durchlässiger. Unsere Arbeitswelt erfordert eine fortlaufende Anpassung an neue Entwicklungen und Erkenntnisse. Die Fort- und Weiterbildung wird unter diesen Vorzeichen immer wichtiger. Die Landesregierung hat dies ebenfalls erkannt und hierfür das Instrument des „Bildungsgutscheins“ von 500 Euro auf 2.000 Euro pro Person erhöht.

Gerade in einer Stadt wie Bonn, in deren Arbeitswelt die Sektoren Bildung und Dienstleistung eine entscheidende Rolle spielen, ist lebenslanges Lernen ein zentraler Erfolgsfaktor. Erwachsenenbildung ermöglicht aber eben auch dem Einzelnen Chancen für den beruflichen Aufstieg, stärkt die politische Teilhabe, ist zentral für die Integrationsarbeit und hilft uns, die

Herausforderungen der alternden Gesellschaft zu meistern. Für uns GRÜNE ist Bildungspolitik daher immer auch Sozialpolitik. Wir bekennen uns als Bonner GRÜNE zu der guten Arbeit der Volkshochschule Bonn (VHS) und vieler anderer Akteure, wie zum Beispiel dem LerNet Bonn/Rhein-Sieg e.V., dem Bildungswerk Friedensarbeit e.V., dem Bildungswerk Kulturgut und dem Bildungszentrum Wissenschaftsladen Bonn e.V., um nur einige zu nennen. Die Zusammenarbeit der Stadt Bonn mit den Akteur\*innen der Erwachsenenbildung muss sichergestellt und wo möglich vertieft werden. Insbesondere sollen Anstrengungen unternommen werden, um das vielfältige Bildungsangebot für die Bürger\*innen besser zu erschließen und so den Zugang zu erleichtern.

### **Wissenschaftsstadt Bonn**

Bonn ist eine Stadt der Wissenschaft und Wissenschaftsadministration. Bonn liegt im Herzen der dichtesten Wissenschaftsregion Europas. Hier befinden sich nicht nur Universitäten und Hochschulen, sondern auch Bundesministerien, Bundesforschungseinrichtungen und Wissenschaftsdachorganisationen. Ein tragfähiges Netzwerk der Kooperationen zwischen all diesen Einrichtungen muss nicht nur erhalten, sondern auch weiter ausgebaut werden. Die zentrale Einrichtung zur wissenschaftlichen Bildung und Forschung in Bonn ist die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität.

*Wir GRÜNE freuen uns über die in der letzten Ratsperiode gewachsenen guten Beziehungen zwischen Stadt und Universität. Diese wollen wir stärken. Die Beziehungen zu den Hochschulen der Region werden ebenfalls weiter unterstützt. Gemeinsame Projekte im Rahmen der Wissenschaftskommunikation sind dazu ein gutes Mittel.*

*Den Studienort Bonn werden wir durch verbesserte Angebote für Studierende stärken. Dazu zählt auch eine gezielte Bekämpfung der Wohnungsnot.*

*Top-Events zur Wissenschaftsvermittlung, wie das Wissenschaftszelt auf dem Münsterplatz oder Wissenschafts-Slams und weitere, neu zu entwickelnde Formate wollen wir fördern.*

Synergien zwischen der internationalen Stadt Bonn und der Wissenschaftsstadt Bonn sind schon weitgehend identifiziert. Eine engere Kopplung der bestehenden Netzwerke ist jedoch möglich und wird von uns GRÜNEN angestrebt.

## **Miteinander gestalten – lebendige Kultur in Bonn**

Kultur ist die Kommunikation, die den Menschen zu sich selbst führt. Deshalb ist Kultur für jedes Gemeinwesen unverzichtbar. Im urbanen Kontext ermöglicht Kultur die Identifikation mit der Stadt.

Ziel GRÜNER Kulturpolitik ist es, dass alle mit ihren vielfältigen kulturellen Hintergründen am kulturellen Leben der Bundesstadt Bonn teilhaben können. Dafür wollen wir eine breite und differenzierte Infrastruktur bereitstellen.

### **Kulturelle Grundversorgung**

Wir setzen uns für eine kulturelle Grundversorgung mit niedrighschwelligem Zugang zu kulturellen Bildungsinstitutionen wie Musikschule, Bibliotheken und Volkshochschule ein. 2014 wird das Haus der Bildung eröffnet, das durch seine Innenstadtlage für die Bürger zu einem besonders attraktiven Anziehungspunkt werden wird.

Alle kulturellen Einrichtungen haben in den letzten Jahren breit angelegte pädagogische Arbeit mit Erfolg geleistet, die zu erhalten und weiterzuentwickeln ist. Die Musikschule der Bundestadt Bonn stellt eine Bildungsmöglichkeit für Kinder, Jugendliche und Erwachsene dar. Wir stehen für die musikalische Bildung und setzen uns auch weiterhin für ein inklusives, niedrighschwelliges und innovatives Konzept dieser Bildungsarbeit ein.

Damit Kultur für alle zugänglich ist, soll sie inklusiv gestaltet werden. Mit Blick auf den demografischen Wandel und die Globalisierung erwarten wir von öffentlichen und öffentlich geförderten Kultureinrichtungen eine stärkere Öffnung, um allen Bürger\*innen Teilhabe zu ermöglichen. Hier gibt es noch deutlichen Handlungsbedarf. Gute Beispiele sind die Bonner Buchmesse Migration und das Projekt KulturPatenschaften.

### **Kulturverwaltung und städtische Kulturförderung**

In den letzten Jahren ist es uns gelungen, die städtische Kulturförderung berechenbarer für die freien und privaten Kulturanbieter zu machen. Trotz allgemeiner Kürzungen konnten wir zwar bei einigen Gruppen eine kleine Erhöhung durchsetzen, besonders in der Jugendkultur. Um eine inhaltliche Evaluierung sicherzustellen, halten wir GRÜNE allerdings zusätzlich die Einrichtung eines Beirates aus Kultur- und Fachleuten für sinnvoll. Um mehr Transparenz bei der Mittelvergabe sicherstellen zu können, muss es objektive und nachprüfbar Kriterien geben, an denen sich die finanzielle Förderung orientiert.

Damit in Zukunft neue und innovative Entwicklungen möglich gemacht werden können, sind Projektmittel weiterhin erforderlich. Wir GRÜNE wollen diese wieder auf ihren alten Stand erhöhen.

Auch müssen mehrjährige Zusagen für besonders gefährdete Einrichtungen vorgesehen werden, um längere Planungssicherheit zu geben. Für den Bereich der internationalen Kulturpartnerschaften erwarten wir von der Kulturverwaltung eine Neukonzeption, die auf Nachhaltigkeit basiert. Weniger kann hier durchaus mehr sein.

Die Ausrichtung der Kulturverwaltung muss insgesamt zukunftsorientierter und nachhaltiger geplant werden. Hier erwarten wir, dass die Fachverwaltung mehr beratend und vernetzend in allen Bereichen der Kultur tätig wird.

Mit den runden Tischen, an denen erstmals Kulturschaffende aus allen Bereichen Zielformulierungen für ein neues, nachhaltiges Kulturkonzept gemeinsam erarbeitet haben, ist ein guter Einstieg gelungen, Kultur in unserer Stadt in einem breiten Diskurs zu entwickeln. Diesen kommunikativen Prozess gilt es weiterzuführen und die Zielvorgaben schrittweise umzusetzen.

### **Beethoven, Beethovenhalle, Beethovenorchester**

Ludwig van Beethoven, der berühmte Bonner Komponist, strahlt in die ganze Welt und zieht jährlich viele Touristen und Musikinteressierte aus aller Welt in die Bundesstadt. Das Beethovenfest ist eine Möglichkeit, die Musik Ludwig van Beethovens für viele Menschen niedrigschwellig erlebbar zu machen. Wir wollen das Fest kreativer gestalten, weniger exklusiv und mit möglichst vielen Kulturschaffenden in Bonn verknüpfen, so dass Beethoven von allen Ebenen ins Stadtbild wirkt. Das Beethovenfest darf kein Fest der Elite sein.

In unserer Stadt haben wir ein sehr vielfältiges kulturelles Angebot auf unterschiedlichen Ebenen und in Größenordnungen, die in den nächsten Jahren eine besondere Ausrichtung auf die Feierlichkeiten zum 250. Geburtstag Beethovens erfahren werden. Die neue Intendanz der Beethovenfeste soll hier federführend mit allen kulturellen Institutionen, freien Einrichtungen und Kulturschaffenden unserer Stadt für das Jahr 2020 das Jubiläumsprogramm entwickeln.

Nach wie vor setzen wir GRÜNE uns für die Grundsanierung und die Verbesserung der Ausstattung des Denkmals Beethovenhalle ein, um für die Stadt einen angemessenen Konzertsaal zu schaffen und den Feierlichkeiten einen würdigen Rahmen zu geben.

Wir GRÜNE sehen keine Notwendigkeit für ein Festspielhaus, da wir mit der Sanierung der Beethovenhalle und der Herstellung der Konzertauglichkeit des WCCB sowie der Oper und dem Beethovenhaus genügend Konzertmöglichkeiten haben werden. Außer Frage steht dabei, dass das Beethovenorchester wichtiger Akteur der Beethovenfeste und des Festprogramms 2020 sein muss. Über die Größe des Orchesters muss erneut nachgedacht werden.

### **Erinnerungskultur**

Zur Kultur gehört auch die Erinnerungskultur. In den letzten Jahren hat sich die räumliche und inhaltliche Zusammenarbeit der drei erinnerungskulturellen Institutionen (Stadtarchiv, Stadtmuseum, Gedenkstätte) bewährt. Der Wegfall des aktuellen Standorts durch den Um-

bau des Viktoria-Karrees darf daher nicht die räumliche Trennung der drei Institutionen bedeuten. Die Erinnerung an die NS-Vergangenheit und die Verbrechen der Deutschen zwischen 1933 und 1945 sind auch weiterhin zentraler Bestandteil unseres kollektiven Gedächtnisses und Herausforderung unserer demokratischen Gesellschaft. Die Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus muss deshalb auch im Stadtbild einen zentralen und gut sichtbaren Ort einnehmen. Wir wollen die pädagogisch sehr wertvolle Arbeit der Gedenkstätte weiterhin stärken und wünschen uns darüber hinaus weitere internationale Angebote.

Das Stadtarchiv leidet unter dem enormen Sanierungsstau in den Räumlichkeiten. Ob ein Neubau nötig ist oder andere Alternativen ausreichen, wollen wir gemeinsam mit allen Beteiligten erörtern, um so zu einer nachhaltigen Lösung zu kommen.

### **Literaturstadt Bonn**

In Bonn gibt es zahlreiche Institutionen und Vereine, die ein attraktives Angebot im Bereich Literatur in Bonn bieten, so zum Beispiel das Literaturhaus, die Stadtbibliotheken oder das „Rheinische Lesefest – Käpt’n Book“.

Wir GRÜNE wollen eine bessere Vernetzung der Kulturschaffenden in diesem Bereich etablieren, um somit ein abgestimmtes Programm bereitstellen zu können.

Die Literatur hat insbesondere durch den Verein „Literaturhaus Bonn“ einen neuen Stellenwert in der städtischen Kultur erhalten; mit seinem vielsprachigen Konzept wird ein besonderer Akzent gesetzt. Diese neue Ausrichtung werden wir GRÜNE weiterhin fördern.

### **Museen und bildende Kunst**

Die Museumslandschaft der Stadt Bonn ist durch das Nebeneinander von Geschichte und zeitgenössischer Kunst charakterisiert. Neben dem Kunstmuseum und dem Landesmuseum gibt es eine Vielzahl kleiner Spezialmuseen. Als Beispiele seien das Beethovenhaus, das Frauenmuseum und das Stadtmuseum mit der Gedenkstätte genannt. Macke-Museum und Macke-Viertel müssen mehr im Verbund mit den umliegenden Kulturinstitutionen und Initiativen ihrer Bedeutung entsprechend ins Stadtgefüge eingebunden werden.

Um Künstler\*innen in Bonn und damit die Kunstszene lebendig zu halten, muss die Atelierförderung aufrechterhalten bleiben. Oftmals bleiben Kunstwerke im öffentlichen Raum wegen ihrer versteckten Lage und mangelnder Beschilderung verborgen. Wir GRÜNE setzen uns deshalb ein für die Einrichtung eines Bonner Skulpturenpfades.

### **Musik**

Die Pop- und Rockkultur steht der klassischen Musikkultur in nichts nach. Um Auftritts- und Probemöglichkeiten zu verbessern, haben wir in der letzten Ratsperiode die Sanierung des Hansehauses auf den Weg gebracht, um den Künstler\*innen eine freie Ausübung ihrer Musik zu ermöglichen.

Die „Rheinkultur“ war in der Vergangenheit eine große kulturelle Bereicherung für die Stadt Bonn. Leider war der freie Veranstalter nicht bereit, dieses unter den gegebenen Umständen weiter zu betreiben. Wir GRÜNE würden begrüßen, wenn es wieder ein freies und kostenloses Rock- und Popfestival in Bonn gäbe. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass solch ein Festival mit ähnlichen Mitteln wie die Rheinkultur bezuschusst würde. Daher haben wir in der letzten Ratsperiode dafür gesorgt, dass die Mittel für die Rheinkultur weiter im Haushalt veranschlagt werden, um eine schnelle Förderung für ein mögliches Festival sicherzustellen. Wir GRÜNE wollen daher unterschiedliche Initiativen dazu motivieren und dabei unterstützen, ein Festival zu organisieren.

Temporäre Veranstaltungen, wie das „Green Juice Festival“ und das Jazzfestival haben einen festen Platz in unserer Kulturlandschaft. Die neue Open-Air-Reihe „Treffpunkt Stadtgarten“ bietet Nachwuchsgruppen Auftrittsmöglichkeiten und sollte weiter fortgesetzt werden. Um das Musik- und Managementpotenzial zu erhalten, unterstützen wir GRÜNE die Pläne, einen Teil des ehemaligen Schlachthofgeländes als „Poptempel“ umzubauen.

In den vergangenen Jahren hat sich in Bonn eine begrüßenswerte Szene abseits etablierter Kulturangebote entwickelt. Wir GRÜNE wollen gemeinsam mit den Veranstalter\*innen alternativer, nicht kommerzieller Kultur sowie der Verwaltung in einen Austausch treten, um auf eine Duldung dieser Veranstaltungen unter freiem Himmel hinzuarbeiten.

## **Theater**

Bonn profitiert von einer vielfältigen Theaterlandschaft, die aus städtischen und freien Theatern besteht. Diese Vielfalt wollen wir GRÜNE erhalten.

Wir unterstützen den neuen Theaterintendanten Dr. Bernhard Hellmich darin, das Stadttheater inhaltlich neu auszurichten, indem Themen der Stadtgesellschaft in die künstlerische Arbeit einfließen.

Dezentrale Kulturangebote tragen zu einem attraktiven Quartier bei und setzen ein Gegengewicht zum Innenstadtsterben einzelner Viertel. Wir GRÜNE stehen für den Erhalt der dezentralen Kulturlandschaft, sei es für die Kammerspiele oder die Halle Beuel und setzen uns deswegen für eine dauerhafte kulturelle Nutzung der Kammerspiele und der Halle Beuel ein.

Wir stehen weiter zu Bonner Theater und Oper, allerdings müssen sie schrittweise auf ein finanziell tragbares Niveau gebracht werden. Eine Fusion mit einer anderen Oper lehnen wir ab. Einzelne Kooperationen mit Nachbarstädten wie zum Beispiel Köln begrüßen und wünschen wir hingegen ausdrücklich.

Zukünftig muss sichergestellt werden, dass das Stadttheater transparent macht, wie viel Geld in welche Sparte fließt.

## **Freie Kultur**

Die freie Kultur leistet mehr denn je einen unverzichtbaren Beitrag zum kulturellen Angebot der Stadt. Wir setzen uns daher für ihre angemessene Förderung ein, die diese Arbeit auch mittelfristig verbindlich absichert.

Gerade im Bereich der Jugendkultur leistet die freie Theaterszene einen unverzichtbaren Dienst. So ist beispielsweise das Theater Marabu eines der führenden Kinder- und Jugendtheater in ganz Deutschland. Diese sowie andere freie Theater- und Kabarettbühnen weiter zu unterstützen, ist uns GRÜNEN ein wichtiges Anliegen.

### **Kulturdenkmäler**

Auch die architektonischen und kulturellen Denkmäler der Stadt sind als Kernaufgabe der Bonner Kultur anzusehen; es gilt besondere Aufmerksamkeit walten zu lassen für die Erschließung, den Erhalt und eine historisch sachgemäße Pflege der vielen Bonner Denkmäler.

### **Kulturwirtschaft**

Neben den städtischen Kulturangeboten sind Unternehmen mit kreativem Potenzial aus Design, Musik- und Medienproduktion sowie Verlagswesen ein wichtiger zukunftsweisender Wirtschaftsfaktor. Unternehmen der Kreativwirtschaft sind eher klein, sodass sie einer besonderen Förderung bedürfen, gleichzeitig bilden sie einen wichtigen Faktor in der allgemeinen Entwicklung des städtischen Lebens. Wir GRÜNE machen es uns zur besonderen Aufgabe, die Ansiedlung solcher Unternehmen zu fördern und diese mittels eines Kreativpiloten (Berufsberater für die Kulturwirtschaft, die aus einem Bundesprogramm gefördert werden) zu unterstützen.

## **Bonn und die Welt – Internationale Stadt am Rhein**

Bonn hat sich nach dem Regierungsumzug durch die Ansiedlung etlicher UN-Organisationen und zahlreicher internationaler Nichtregierungsorganisationen (NRO) als internationale Stadt behauptet. Wir GRÜNE haben uns von Anfang an für diese Entwicklung eingesetzt. Mit der Einrichtung des „Ausschusses für Internationales und Wissenschaft“ haben wir diesen beiden Themen in der kommunalpolitischen Arbeit Gewicht verliehen und damit Verantwortung übernommen. Bonn ist in unseren Augen ein wichtiger deutscher Standort zur Lösung globaler Herausforderungen.

*Wir GRÜNE wollen Bonn als internationales Zentrum für Nachhaltigkeit weiter ausbauen. Wir wollen vor allem zentrale Themen in diesem Bereich, wie beispielsweise die faire und ökologische Beschaffung durch die Stadt, voranbringen. Für eine bessere Erfahrbarkeit dieses und anderer Themenfelder soll die Web-Präsenz weiter ausgebaut werden. Wir wollen den „Internationalen Standort Bonn“ nicht nur weiter stärken, sondern auch weiter öffnen, sowohl nach innen als auch nach außen. Noch findet das internationale Schaffen und Leben weitgehend in der Gronau statt, rund um den „Langen Eugen“, das ehemalige Abgeordnetenhoch-*

haus. Heute bezeichnet man das Areal allgemein als „UN Campus“, charakterisiert durch kurze Wege und schnelle Erreichbarkeit. *Wir GRÜNE wollen darüber hinaus die „Internationale Stadt“ für alle erlebbar machen.* Dies kann die Stadt Bonn zum Beispiel durch verschiedene Veranstaltungen und Festivals erreichen, wie es zu früheren Zeiten im „Bonner Sommer“ realisiert wurde. Der Marktplatz sollte als zentraler Platz für spontane Zusammenkünfte aller Kulturen zur Verfügung stehen.

Sowohl die Bonner Stadtverwaltung als auch die Bonner Gastronomie und der Einzelhandel sollten darin unterstützt werden, die Fremdsprachenfähigkeit ihrer Mitarbeiter\*innen auszubauen. Englischsprachige Informationen in den Ämtern der Stadt und in den öffentlichen Verkehrsmitteln sind für eine internationale Stadt eine Selbstverständlichkeit, weitere Fremdsprachen sind wünschenswert.

Wir wollen die NRO in Bonn stärken und unterstützen und damit die Stadt für Neuansiedlungen noch attraktiver machen. Dies wird unter anderem durch die Einrichtung eines „Hauses der NRO“ in der Nähe des UN-Campus und der Einrichtung von Runden Tischen für internationale Organisationen zu erreichen sein. Darüber hinaus wollen wir das Service- und Beratungsangebot für NRO in Zusammenarbeit von Stadtverwaltung, Zivilgesellschaft und Wissenschaftseinrichtungen ausbauen.

Bonn wird zur deutschen Kongressstadt ausgebaut. Mit dem World Conference Center Bonn (WCCB) haben wir neben dem ehemaligen Plenarsaal des Bundestages und dem ehemaligen Gästehaus des Bundes am Petersberg eine neue hochwertige Veranstaltungsstätte anzubieten. *Wir GRÜNE haben entscheidend dazu beigetragen, das Finanzdesaster unter der ehemaligen Oberbürgermeisterin Dieckmann aufzudecken und dem WCCB nach der Insolvenz wieder eine Zukunft zu geben. Mit der Fertigstellung des WCCB wird der Kongressstandort Bonn gestärkt und das erweiterte WCCB zu einem Kernstück der „Internationalen Stadt Bonn“.* Wir sind zuversichtlich, dass mit der Fertigstellung des WCCB der Kongressstandort Bonn gestärkt wird.

Unsere internationalen Mitbürger\*innen benötigen internationale Bildungsangebote. Den Mitarbeitern der UN steht die „Bonn International School“ (BIS) als internationale Bildungseinrichtung kostenlos zur Verfügung. Kinder von Mitarbeiter\*innen der NRO haben dieses Privileg nicht und müssen oft ein hohes Schulgeld für ihre Kinder zahlen, bis diese in der Lage sind, eine deutschsprachige Schule zu besuchen. Daher sind mehr öffentliche fremdsprachliche Bildungsangebote in unserer Stadt notwendig. Eine „Ghettoisierung“ von internationalen Schüler\*innen auf einer kommunalen internationalen Schule wollen wir GRÜNE nicht. Eine Gesellschaft profitiert von Vielfalt, daher wollen wir GRÜNE in allen Schulen weitere internationale Zusatzangebote (zum Beispiel Türkisch, Spanisch, Polnisch, Russisch etc.) schaffen, sodass internationale und Bonner Schüler\*innen zusammen unterrichtet werden können und jedes Kind davon profitiert.

*Ebenso wie Migrant\*innen wollen wir internationalen Mitarbeiter\*innen eine Hilfe bei der sprachlichen und organisatorischen Integration bieten, zum Beispiel durch eine Anlaufstelle,*



*eine mehrsprachige Verwaltung, die Wiedereinführung eines Runden Tisches für internationale Organisationen. Um dies zu erreichen, wollen wir GRÜNE in den nächsten Jahren vor allem das Amt für Internationales und Nachhaltigkeit unterstützen.*

### **Bonn als Friedensstadt**

Wir wollen Bonn als deutsches Zentrum der Entwicklungszusammenarbeit weiter stärken. Abwanderungstendenzen wollen wir durch gezielte Maßnahmen entgegensteuern, die Bonn als Standort attraktiver machen und Neuansiedlungen fördern. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass die Zusagen auf Bundes- und Landesebene eingehalten werden und prüfen kritisch, ob die Zusicherungen eingehalten werden, den Bonner Standort der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) als wichtigster staatlicher Vorfeldorganisation der Entwicklungszusammenarbeit ... .

Die Tradition Bonns als Friedensstadt und Ort der Völkerverständigung ist für uns Verpflichtung. Als Ort historischer Friedensdemonstrationen der Bundesrepublik und als Zentrum für Organisationen der zivilen Friedensförderung und unabhängigen Friedensforschung hat Bonn seinen guten Ruf zu bewahren. Wir sprechen uns klar gegen Pläne aus, in Bonn mit Mitteln des Bundesministeriums der Verteidigung einen Lehrstuhl für Internationale Beziehungen zu installieren, der nach Henry Kissinger benannt werden soll. Angesichts der vielen Tausend Toter in Kambodscha, Vietnam und Laos, der Unterstützung des antidemokratischen Militärputsches in Chile und anderer Entwicklungen, für die Kissingers Politik steht, würde ein nach dieser Person benannter Lehrstuhl der Völkerverständigung und dem Ruf der Stadt Bonn schaden. An Stelle einer solchen Professur setzen wir uns für einen nach dem schwedischen Politiker Olof Palme oder nach Nelson Mandela benannten Lehrstuhl für Friedensentwicklung und Völkerverständigung ein. In dieser Weise könnten Bundesmittel zukunftsgerichtet und im Einklang mit den Zielen unserer Stadt als internationalem Standort eingesetzt werden.

## **Gut Wirtschaften – Green Economy für Bonn**

Die Kernaufgabe der städtischen Wirtschaftspolitik ist die Sicherung einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt. Attraktive und zukunftsfähige Arbeitsplätze erhalten und schaffen sowie gleichzeitig Nachhaltigkeit im Wirtschaften bedenken – das ist angesichts der globalen Herausforderungen eine wichtige Aufgabe auch für die Stadt Bonn.

Wirtschaft braucht Vielfalt: Vielfalt schafft Kreativität, Innovation sowie Buntheit und Lebendigkeit. Deswegen setzen wir Bonner GRÜNE bewusst auf eine vielfältige Wirtschaftsstruktur mit einem ausgewogenen Mix aus Groß- und Einzelhandel, einem umfangreichen ökologischen und sozialen Handel und attraktiven Ortszentren zur Nahversorgung der Bonner\*innen. Wir GRÜNE streben nach einer gesunden Mischung von Dienstleistung und Verwaltung auf der einen sowie Industrie und produzierendem Gewerbe auf der anderen

Seite. Auch eine ökologisch ausgerichtete Landwirtschaft zur Versorgung der Bevölkerung soll einen höheren Stellenwert erhalten.

Auch Gerechtigkeit muss ein wichtiger Aspekt der kommunalen Wirtschaftspolitik sein. Deshalb ist mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz der rot-grünen Landesregierung ein wichtiger Meilenstein gesetzt worden: Bei städtischen Auftragsvergaben sind nun soziale und ökologische Standards verpflichtend, die sich unmittelbar auch auf die Unternehmen auswirken, die sich in Vergabeverfahren bewerben. Damit ist ein Thema, für das sich wir GRÜNE kommunal schon immer stark gemacht haben, jetzt landesweit geregelt.

Wirtschaft hat auch etwas mit Teilhabe zu tun, da eine Wirtschaft, die keine ausreichende Menge fair bezahlter Arbeitsplätze für Menschen mit geringeren beruflichen Qualifikationen anbietet, Menschen aus unserer Gesellschaft ausgrenzt und ihre Teilhabe am städtischen Leben einschränkt.

Wirtschaftspolitik ist verbunden mit vielen weiteren Politikfeldern: Ob die gute Qualifizierung von Menschen für und in ihrem Job, ein attraktives städtisches Umfeld mit intakter Umwelt und gute und bezahlbare Wohnungen – all dies sind wichtige Faktoren, die Bonn zu einem attraktiven Standort für Unternehmen machen.

Für eine gesunde Wirtschaftsstruktur ist auch der Erhalt von produzierendem Gewerbe in der Stadt wichtig. Wir befürworten daher, in ökologisch vertretbarem Umfang auch Flächen für das produzierende Gewerbe zur Verfügung zu stellen. Eine unverantwortliche Kirchturmpolitik mit einer Auslagerung der ökologischen Folgen unseres Lebensstils in andere Gemeinden lehnen wir ab.

### **Investoren – zum Nutzen der Bürger\*innen**

Private Investoren spielen gerade in Zeiten der unzureichenden Finanzmittelausstattung der Städte und Gemeinden und dem gigantischen Schuldenberg von 1.600.000.0000 (1,6 Mrd.) Euro in Bonn eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Stadt.

Damit sich positive Effekte für Investoren und Bürger\*innen gleichermaßen entfalten, sollen Politik und Verwaltung klare Anforderungen und Spielregeln für Investitionen sicherstellen.

Ob Geschäftszentrum, Kindergarten, Altenwohnheim, Festspielhaus oder Schwimmbad: Wir brauchen klare Anforderungen und Spielregeln.

- Wie weit unterstützt das Investitionsprojekt die politischen Ziele der Stadt?
- Welche Auflagen und Rahmenbedingungen müssen beachtet werden? Die Liste der Kriterien ist lang:
  - Natur- und Landschaftsschutz
  - Denkmalschutz
  - Barrierefreiheit
  - ökologische Ausgleichsmaßnahmen

- wirtschaftliche Rahmenbedingungen wie Grundstückspreise, Finanzierungsbedarf etc.
- Bürgerbeteiligung usw.
- Welche grundsätzlichen Anforderungen werden an Investoren gestellt?
  - Faire und gesetzeskonforme Arbeitsbedingungen einschließlich einer Entlohnung von mindestens 8,50 Euro pro Arbeitsstunde
  - Einforderung der Einhaltung von Gesetzen sowie sozialer und ökologischer Mindeststandards bei Zulieferern
  - Keine unethischen Geschäfte (Korruption, Waffen, Prostitution etc.)
  - Finanzielle Stabilität etc.

Insgesamt muss sichergestellt werden, dass die Belange der Bonner Bürger\*innen hinreichend berücksichtigt sind und dass das Projekt den im Vorfeld formulierten Zielen und Kriterien entspricht. Dabei sollen Investoren bevorzugt werden, die ökologische und soziale Prinzipien verfolgen und/oder soziale Projekte finanzieren.

### **Gründerzeit – neue Existenzen schaffen**

Für die Zukunftsfähigkeit unserer Wirtschaft braucht es Menschen mit Ideen und dem Mut, sich selbständig zu machen. Das schafft vielfach Innovationen und neue attraktive Arbeitsplätze. Die Stadt kann hier durch die Koordination der Akteure sowie in der Bündelung der Angebote günstige Rahmenbedingungen schaffen. Wir wollen weiterhin die gute Arbeit der unterschiedlichen Gründungsberatungsstellen, wie zum Beispiel die IHK, die HWK oder auch städtische Ämter sowie die gute Vernetzung diese Akteure unterstützen.

Die Entwicklung neuer Technologien „Made in Bonn“ – dies ist möglich durch den Ausbau des technologieorientierten Gründerzentrums, das Synergien schafft und den Austausch und die Vernetzung unter den technologieorientierten Gründern fördert. Technologiefirmen können sich so auf ihr Kerngeschäft fokussieren, die Vernetzung mit anderen Stakeholdern, wie beispielsweise der Universität, wird erleichtert.

Ausgründungen aus der Bonner Universität heraus (sogenannte Spin-offs) möchten wir stärker unterstützen, um die damit verbundenen Zukunftschancen für den Standort Bonn zu nutzen.

Ein weiteres Anliegen unserer GRÜNEN Wirtschaftspolitik in Bonn ist die Förderung der Ansiedlung von Kreativwirtschaft. Hier besitzt Bonn durch seine große Internationalität, die umfangreiche Kulturlandschaft sowie durch die hohe Lebensqualität hervorragende Chancen.

### **Arbeiten in Bonn**

Attraktive und langfristig sichere Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten gehört zu den wichtigsten Aufgaben der städtischen Wirtschaftspolitik in Bonn.

Die großen Unternehmen mit vielen Arbeitsplätzen sind für die Zukunft unserer Stadt sehr wichtig (in Bonn arbeiten in 0,2 % der Unternehmen fast 30 % der Beschäftigten). Gerade angesichts der hohen Abhängigkeit der Arbeitsplätze von einer kleinen Zahl von Unternehmen gehört es zu den wichtigen Aufgaben der städtischen Wirtschaftsförderung, zu einem breiteren Mix von Arbeitsplätzen beizutragen. Dabei kommt auch dem Erhalt der Arbeitsplätze bei den Bundesministerien und Bundesbehörden eine wichtige Bedeutung zu.

Gut ausgebildete Fachkräfte sind die wichtige Grundlage für wirtschaftlichen Erfolg. Durch den demografischen Wandel fällt es bereits heute Firmen zunehmend schwer, qualifizierte Mitarbeiter\*innen zu finden. Wir wollen weiterhin die gute Arbeit der unterschiedlichen Gründungsberatungsstellen, wie zum Beispiel die IHK, die HWK oder auch städtische Ämter sowie die gute Vernetzung diese Akteure unterstützen.

Verwaltung muss Vorbild sein in Fragen der fairen Beschäftigung. Wir lehnen daher den Einsatz von Zeitarbeitskräften in der Verwaltung konsequent ab.

### **Grüner Wirtschaften: ökologische und klimafreundliche Standards einführen**

Die Stadt Bonn und die städtischen Einrichtungen sind besonders auch durch den Einsatz von uns GRÜNEN Vorbild bei der sozialen und ökologischen Vergabe. Wir wollen diesen Weg konsequent weitergehen und die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Kriterien – soweit rechtlich möglich – ausbauen. Wir setzen uns für entsprechende Qualifizierungsprogramme für die städtischen Mitarbeiter\*innen zur Nutzung dieses Instrumentariums ein.

Die Umsetzung der „Green Procurement Guidelines“ der EU und ihrer Umsetzung in deutsches Recht bietet hier einen wichtigen Hebel. Die Stadt Bonn soll im Rahmen ihrer Ausschreibungen ökologische und soziale Kriterien festlegen, die bei der Entscheidung für einen Lieferanten berücksichtigt werden. Dabei geht es nicht nur um die notwendige Einhaltung ökologischer und sozialer Mindeststandards sowie um die Berücksichtigung von Folgekosten (wie beispielsweise Energiekosten), sondern auch um zusätzliche Kriterien für die Bewertung der eingeholten Angebote (beispielsweise die Berücksichtigung von Ökobilanzen oder soziale Wirkungen). Dabei ist es notwendig, die Kompetenz der städtischen Mitarbeiter\*innen zur Nutzung des Instrumentariums zu stärken.

Ein ökologisch-sozialer Wettbewerb unter Bonner Unternehmen, der den konsequenten Einsatz für eine soziale und ökologische Wirkung auszeichnet, kann wichtige Impulse in der Privatwirtschaft setzen. Hier ist eine Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Fair Trade etc. zum Beispiel bei der Auswahl der Preisträger eine gute Möglichkeit der Kooperation und Vernetzung.

### **Handel: Zentrenkonzept stärken, wohnortnahe Versorgung sichern**

Die private Kaufkraft in Bonn ist groß. Der Bonner Handel ist geprägt durch innerstädtischen Einzel- sowie Großhandel in den Randlagen. Wir GRÜNE wollen die gewachsene Bonner Handelsstruktur mit ihren gewachsenen Stadt-, Stadtbezirks- und Ortsteilzentren erhalten

und stärken. Das Zentrenkonzept soll weiterentwickelt und damit die Sicherung der wohnungsnahen Versorgung der Bevölkerung und auch die Qualität des Wohnumfelds erhalten sowie verbessert werden. Somit haben auch Menschen ohne Auto oder mit eingeschränkter Mobilität die Möglichkeit, ihren Alltag freier zu gestalten.

Wir wollen die Handelsstruktur in Bonn ausgewogen gestalten: Dies bedeutet vor allem, einen ausgewogenen Handelsmix aus Groß- und Einzelhandel zu schaffen. Wir GRÜNE setzen uns zudem für die Erfüllung ökologischer und sozialer Kriterien ein.

### **Bonn hat viel zu bieten**

Bonn mit seiner wichtigen Rolle in der deutschen und europäischen Geschichte, als wichtiger UN-Standort, Geburtsort Beethovens und Tor zum romantischen Rhein hat viel zu bieten. Diese Vorteile möchten wir noch stärker betonen.

Für Bonn als wichtigen historischen Standort (Bonner Republik) wollen wir weiterhin Werbung machen, damit dies nicht in Vergessenheit gerät. Darüber hinaus wollen wir sogenannte Business-Botschafter in die Welt schicken, die für Bonn als attraktiven Investitionsstandort Werbung machen.

Steigende Besucherzahlen zeigen die Attraktivität Bonns. Neben Reisenden von Flusskreuzfahrten und Pauschalangeboten sind gerade Individualreisende wichtige Impulsbringer für die Bonner Wirtschaft. In Bonn fehlen bisher kleinere und günstige Schlafgelegenheiten wie zum Beispiel Hostels. Hier möchten wir prüfen, wie eine Förderung dieses Segmentes aussehen kann.

Radtourismus boomt – und durch die zunehmende Verbreitung von Elektro-Fahrrädern wird sich das voraussichtlich noch steigern. Daher wollen wir den Fahrradtourismus weiter fördern: zum Beispiel durch den Ausbau der Fahrradinfrastruktur und das Projekt „Bonn als Fahrradhauptstadt 2020“.

Mehr und mehr werden touristische Events über die sozialen Netzwerke (Facebook, Twitter etc.) vermarktet. Hier ist zum Beispiel die virtuelle Schnitzeljagd „TWONN“ zu nennen (ein Wortspiel aus dem sozialen Netzwerk Twitter und Bonn). Solche Events wollen wir verstärkt anziehen, indem wir diese Angebote zum Beispiel über das Convention Bureau (zentrale Anlaufstelle für Kongresse und Events in Bonn) online bewerben.

Bonn hat viele Veranstaltungsstätten, zum Beispiel die Beethovenhalle, das Brückenforum, die Oper oder die Bad Godesberger Stadthalle – aber auch das neue WCCB. Um diese zu koordinieren – auch haushälterisch – benötigen wir ein Hallenkonzept.

Wer in Bonn einen Kongress beziehungsweise eine Veranstaltung durchführen möchte, kann sich an das neugegründete Convention Bureau bei der Tourismus & Congress GmbH (T&C) wenden. Wir wollen die Koordination zwischen diesem Convention Bureau und den Ämtern in der Stadtverwaltung unterstützen und dadurch den weiteren Aufbau des Convention Bureaus vorantreiben.

## **Bürgerstadt Bonn – Mitmachen und Demokratie stärken**

Demokratie lebt vom Mitmachen aller Bürger\*innen. Stärkere Demokratisierung der Gesellschaft, die politische Teilhabe und die Einmischung der Bürger\*innen für die eigenen sowie die Belange des Gemeinwohls waren für uns GRÜNE schon immer Kernpunkte unserer Politik. Nur mit einer gelebten Einbeziehung der Bürger\*innen in politische Entscheidungsprozesse können wir dem wachsenden Unmut entgegentreten.

So ist es nicht zuletzt grünem Engagement in den vergangenen fünf Jahren zu verdanken, dass Bonn einen gewaltigen Schritt hin zu mehr Demokratie gemacht hat. Mithilfe neuer Medien bekamen Bürger\*innen die Möglichkeit, in die Haushaltsdebatte einzugreifen und Ideen einzubringen, wie es mit Bonn weitergehen kann.

Zudem wurde eine gleichmäßig mit Bürger\*innen, Verwaltungsmitarbeiter\*innen sowie Politiker\*innen besetzte Arbeitsgruppe eingerichtet, die Leitlinien für die Bürgerbeteiligung erarbeitet hat.

Eine Gruppe von Ombudspersonen steht nun zur Verfügung, die vermittelnd zwischen Bürger\*innen tätig ist.

Auch wenn einige unserer Forderungen noch nicht umgesetzt werden konnten, haben wir viel erreicht. Doch dabei kann und darf es nicht bleiben. So wie sich Gesellschaft wandelt, muss das Erreichte stets neu auf den Prüfstand gesetzt und gegebenenfalls einer neuen Situation angepasst werden.

### **Information als Grundlage für Beteiligung**

Die Grundvoraussetzung für Beteiligung ist ausreichende Information über das, was in der Stadt besteht, ansteht und geplant wird. Allen Einwohner\*innen muss die Möglichkeit gegeben werden, auf alle Satzungen der Stadt Bonn, Entscheidungen der politischen Gremien sowie Planungen der Verwaltungen zuzugreifen, solange gesetzliche Bestimmungen dem nicht entgegenstehen.

Aus diesem Grund wurden in der Arbeitsgruppe Leitlinien der Bürgerbeteiligung festgeschrieben, nach denen eine Vorhabenliste, die der Ausschuss für Bürgerbeteiligung beschließt, veröffentlicht wird, in der alle Projekte der Stadt Bonn bekannt gemacht werden.

### **Mitbestimmung aller Einwohner\*innen in Bonn**

Jeder Mensch, der in Bonn dauerhaft lebt, hat unabhängig von seiner Herkunft, seinem Alter, einer möglichen Behinderung und seinem sozialen Stand das Recht, sich in die Entwicklung der Stadt Bonn einzumischen.

Menschen, die nicht die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedslandes haben, haben jedoch außer bei Einwohneranträgen, die eine gewisse Mindestunterstützeranzahl voraussetzen, keine Möglichkeit der Mitwirkung.

Kinder und Jugendliche werden nur unzureichend an Beschlüssen beteiligt, die ihr Leben in Bonn betreffen. Diese müssen in den politischen Entscheidungsprozess mit eingebunden werden. Wir GRÜNE setzen uns für ein Kinder- und Jugendparlament ein, das zu allen Themen angehört wird, die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche haben, und ein Recht erhält, Anträge in die politischen Gremien der Stadt einzuspeisen.

Die Interessen sozial schwacher Menschen bleiben häufig außen vor. Hier gilt es, aktiv auf diese Menschen zuzugehen und sie in die kommunalpolitischen Prozesse einzubinden.

Dies möchten wir GRÜNE ändern. Es muss allen Menschen die Gelegenheit gegeben werden, sich am Wohl der Stadt zu beteiligen und ihre Interessen, Kenntnisse und Wünsche einzubringen.

Um Menschen die Mitwirkung an politischen Entscheidungsprozessen in der Stadt zu erleichtern, sollen in jedem Wahlbezirk ehrenamtlich tätige Bürgerbeteiligungshelfer\*innen eingesetzt werden. Diese werden durch Schulungen auf ihre Aufgabe vorbereitet und können Menschen auf deren Wunsch hin in allen Bereichen der Bürgerbeteiligung beraten und unterstützen. Dies betrifft sowohl die in der Kommunalverfassung des Landes NRW vorgesehenen Möglichkeiten als auch die erweiterten Beteiligungsmöglichkeiten in der Stadt Bonn.

Die Methoden, die im Rahmen einer Bürgerbeteiligung durchgeführt werden, müssen der entsprechenden Zielgruppe angepasst sein. Bei der Auswahl der Methoden muss darauf geachtet werden, dass alle Menschen, die von einem Vorhaben beziehungsweise einer anstehenden Entscheidung betroffen sind, die Möglichkeit haben, daran mitzuwirken.

### **Bürgerhaushalt**

Der Bürgerhaushalt ist einer der Eckpfeiler der Bürgerbeteiligung in Bonn. Wir GRÜNE haben dafür gesorgt, dass alle Bürger\*innen die Möglichkeit haben, an der Entstehung der Haushalts- und Finanzplanung mitzuwirken. Mit der Initiierung von „Bonn packt's an“ haben wir GRÜNE die Hürde gesenkt, sich am Haushalt zu beteiligen. So wurde mehr Menschen in Bonn die Möglichkeit gegeben, sich in die Haushaltsplanung der Stadt Bonn einzubringen.

Hinter diese Form der Beteiligung darf nicht zurückgegangen werden, vielmehr muss der Prozess Bürgerhaushalt ständig überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Hierzu soll ein „Arbeitskreis für Bürgerbeteiligung“ als überparteilicher Arbeitskreis, an dem auch Bürger\*innen sowie die Verwaltung beteiligt werden, gegründet werden.

### **Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ernst nehmen**

Voraussetzung dafür, dass Bürgerbeteiligung nicht nur eine Worthölse bleibt, ist, dass die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung ernst genommen werden. Jeder Mensch, der sich beteiligt, hat das Recht zu erfahren, wie mit seiner Beteiligung umgegangen wird.

Ergebnisse, die bei einer Bürgerbeteiligung herauskommen, werden wir GRÜNE akzeptieren und umsetzen.

### **Leitlinien zur Bürgerbeteiligung**

Wir GRÜNE in Bonn haben den Prozess zur Erarbeitung der Leitlinien zur Bürgerbeteiligung initiiert und stehen vorbehaltlos hinter dem Beschluss. Dieser Beschluss muss nunmehr mit Leben gefüllt und gegebenenfalls weiterentwickelt werden. Die Überprüfung und Fortentwicklung soll vom „Arbeitskreis für Bürgerbeteiligung“ gewährleistet und vorangetrieben werden.

### **Bürgeranträge**

Auf Initiative der GRÜNEN wurde es ermöglicht, dass Bürgeranträge, die die Angelegenheiten eines Stadtbezirkes betreffen, wieder vor Ort in den Bezirksvertretungen behandelt werden und nicht wie vor 2009 ausschließlich im damaligen Bürgerausschuss. Bürgeranträge, die die Gesamtstadt betreffen, werden weiterhin im Ausschuss für Bürgerbeteiligung behandelt und können gegebenenfalls an die Fachausschüsse weitergeleitet werden. In den Fachausschüssen muss das Rederecht für die Antragsteller\*in vom Ausschuss beschlossen werden. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass diejenigen, die einen Bürgerantrag stellen, in jedem Gremium, in dem dieser Antrag behandelt wird, ein Rederecht erhalten.

### **Gemeinwohl stärken – bürgerschaftliches Engagement**

Bürger\*innen tragen durch ihr ehrenamtliches und freiwilliges Engagement für soziale Projekte und Organisationen ihren Teil zum Gemeinwohl in Bonn bei und leisten dadurch ihren Beitrag zu einem lebenswerten Gemeinwesen. Für dieses Engagement sind eine große Wertschätzung und förderliche Rahmenbedingungen durch die Politik notwendig. Wir werden uns dafür einsetzen, die Rahmenbedingungen und die Infrastrukturleistungen für das Bürgerengagement in Bonn zu fördern.

### **Ombudsstelle**

Oft sind Entscheidungen der Verwaltung für Bürger\*innen nicht verständlich, oder sie fühlen sich von Verwaltungsentscheidungen ungerecht behandelt. Für diese Fälle wurde auf Initiative von uns GRÜNEN in der Stadt Bonn eine Ombudsstelle eingerichtet. Die Ombudspersonen sind unparteiische und unabhängige Schlichter, die bei Unstimmigkeiten zwischen Bürger\*innen sowie der Verwaltung unbürokratisch vermitteln sollen.



Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Rechte und Möglichkeiten der Ombudsstelle im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten überprüft und angepasst beziehungsweise erweitert werden.

## Index

100 % Erneuerbare-Energie-Region Bonn/Rhein-Sieg .....	17	Beleuchtung (Joggerstrecken) ...	51	Business-Botschafter .....	70
AIDS-Hilfe .....	35	Berufsberatung.....	69	Busnetz .....	27
Aktionsprogramm Biodiversität	19	Berufskollegs .....	55	Busverkehr.....	27
Antidiskriminierungsarbeit.....	40	Beschaffung (ökologisch und sozial) .....	12	Carsharing.....	31
Antifaschismus .....	40	Beschaffungspolitik .....	13	City-Logistik-System.....	31
Antirassismus .....	40	Betreuungsgebühren.....	45	CO <sub>2</sub> -Ausstoß.....	13, 18
Arbeitsangebot.....	36	Betriebskitas .....	45	Convention Bureau.....	70
Arbeitskreis für Bürgerbeteiligung .....	73	Bezahlbarer Wohnraum .....	32	Demokratisierung .....	71
Arbeitsplätze .....	66	Bibliotheken .....	58	Denkmäler .....	62
Arbeitszeit- und Arbeitsplatzmodelle .....	43	Bildung.....	39, 53	Dezentrale Energieversorgung ..	18
Artenschutz .....	20	Bildungsgutschein.....	56	Diskriminierung .....	40
Artenvielfalt.....	19	Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) .....	47	Diversity-Leitbild.....	44
Atelierförderung.....	60	Biodiversität .....	19	Drogenprävention .....	35
Ausschuss für Internationales und Wissenschaft.....	63	Biologisch angebaute Lebensmittel.....	21	E-Autos .....	31
Autobahnausbau .....	29	Biologische Vielfalt .....	19	E-Bikes .....	31
Autofreie Zonen .....	26	Biostadt .....	21	Einzelhandels- und Zentrenkonzept .....	34
Autolärm .....	22	Bio-Verpflegung.....	21	Emissionseinsparungsziele .....	16
Autoverkehr .....	29	Bonn-Ausweis.....	47	E-Mobilität.....	31
Bäder .....	51	Bonner Energieagentur .....	16	Energetische Sanierung .....	18
Bahnhöfe.....	24	Bonn fairbindet.....	38	Energieeffizienz .....	18
Bahnhofsvorplatz .....	29, 34	Bonn International School (BIS) .	64	Energieeinsparung.....	18
Bahnlärm.....	23	Bonn packt's an .....	9	Energieeinsparverordnung (EnEV) .....	17
Bahnverkehr .....	28	Breitensport.....	51	Energie- und Klimaschutzpolitik	16
Barrierefreiheit.....	32	Brückensanierungen.....	29	Entwicklungszusammenarbeit...	64
Baumschutz .....	20	Bundesbehörden .....	68	Erinnerungskultur .....	60
Beethoven .....	59	Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010 .....	19	Ernährung .....	21
Beethovenfest .....	59	Bundesministerien.....	68	in Kitas und Schulen .....	21
Beethovenhalle .....	59	Bürgeranträge .....	74	Erneuerbare Energien.....	17
Begrünungsmaßnahmen .....	20	Bürgerbeteiligung.....	72	Erwachsenenbildung .....	56
Behindertenpolitischer Teilhabeplan.....	38, 53	Bürgerhaushalt .....	10, 72	Essbare Stadt .....	21
		Bürgerstadt.....	71	EU-Städtebündnis gegen Rassismus .....	35

Fahrradabstellanlagen.....	26	Grünflächen.....	32	Kreisverkehrsplätze .....	30
Fahrradhauptstadt 2020 .....	24	Güterverkehr .....	30	Kulturelle Bildung .....	39
Fahrradklimatest .....	26	Hallenkonzept.....	70	Kulturelle Grundversorgung .....	58
Fahrradstraßenkonzept.....	24	Handelsstruktur.....	69	Kulturförderung .....	58
Fahrradverleihsystem.....	24	Hardtbergbahn .....	28	Kulturpolitik .....	58
Fair Trade .....	22, 69	Hartz-IV-Empfänger*innen.....	36	Kulturwirtschaft.....	62
Familienzentren.....	45	Haushaltspolitik .....	9	Kunstszene.....	60
Feinstaubbelastung .....	19	Haushaltspolitisches Leitbild .....	9	Langzeitarbeitslosigkeit .....	36
Festspielhaus.....	59	Inklusion .....	53	Lärminderung .....	22
Finanzpolitik .....	9	Integration .....	38	Lärmschutz.....	29
Flüchtlinge .....	40	Integriertes Freiraumsystem (IFS) .....	20, 32	Lärmschutzbeirat Hangelar.....	23
Fluglärm.....	23	Interkulturelle Familienberatung .....	39	Lärmschutzwände.....	23
Flüsterasphalt.....	22	Internationales Profil.....	63	Lausacker .....	20
Frauenquote.....	14, 43	Interkulturelle Öffnung.....	38	Lebenslanges Lernen .....	56
Freie Kultur.....	62	Interreligiöser Dialog .....	41	Leerstand (Wohnraum) .....	36
Freiraum .....	32	Investitionsstandort .....	70	Lehrstuhl für Friedensentwicklung und Völkerverständigung .....	65
Fremdsprachenfähigkeit .....	63	Investoren .....	67	Leitlinien der Bürgerbeteiligung	71
Friedensstadt.....	64	Jobcenter .....	36	Leitstelle Klimaschutz .....	16
Frühe Hilfen.....	46	Jogging- und Skaterstrecken (Beleuchtung).....	51	Literaturhaus .....	60
Fußgänger*innen .....	26	Jugendarbeit .....	47	LKW-Verkehr.....	31
Ganztagsschulen.....	54	Jugendfreizeitstätten.....	49	Luftreinhalteplan .....	48
GAP.....	44	Jugend- und Schulentwicklungs- planung .....	53	Masterplan Energiewende und Klimaschutz .....	18
Gehwegbereich .....	26	Kinderarmut .....	47	Masterplan Innere Stadt.....	33
Gender Budgeting .....	10	Kinderbetreuung .....	45	Mehrsprachigkeit.....	39
Gentrifizierung .....	32	Kindertagesstätten .....	45	Meßdorfer Feld.....	20
Gerechtigkeit.....	5	Kinder- und Jugendparla- ment.....	49, 72	Mietpreisanstieg.....	32, 36
Gesamtschulen.....	54	Klimafreundliche Stadt .....	18	Mindestparität.....	43
Geschlechtergerechter Haushalt. .....	10	Klimaschutz.....	16	Mobilitätsmanagement .....	13, 24
Geschlechtergerechtigkeit ..	14, 43	Klimaschutzbeirat .....	16	Museumslandschaft .....	60
Geschlechterpolitik .....	43	Kommunale Plattform Prostitution .....	35	Musikfestivals .....	61
Geschwindigkeitsbegrenzung....	26	Kongressstadt .....	63	Musikkultur.....	61
Gesellschaftsbild .....	5	Korruption .....	12	Musikschule.....	58
Gewerbestandorte .....	32	Kreativpilot .....	62	Nachhaltigkeit.....	6
Green Economy .....	19	Kreativwirtschaft .....	68	Nationaler Radverkehrsplan .....	26
Green Procurement Guidelines.. .....	13, 69			Nichtregierungsorganisationen (NRO).....	63
Gründungsberatungsstellen .....	68			Nothaushalt .....	9

Offene Ganztagschule (OGS) ...	46	S-Bahn-Linie 13 .....	23, 24, 28	Teilhabe .....	7
Offene Türen .....	47	Schadstoffbelastung in Schulen ..	48	Tempo 30 .....	22
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) .....	27	Schienenstreckenausbau .....	28	Tempo 80 .....	22
Ökologische Nutzung .....	20	Schiffahrtslinie .....	29	Theaterlandschaft .....	61
Ökologischer Landbau .....	22	Schlachthofgelände .....	61	Tourismus .....	70
Ökostrom .....	16	Schuldnerberatung .....	35	Trinkwasserqualität .....	22
Ombudsstelle .....	74	Schulmittagessen .....	47	Umgebungsärm .....	22
Oper .....	61	Schulsanierung .....	55	Umweltverbund .....	24
Parkgebühren .....	30	schwul lesbisch bi trans* Aufklärungsprojekt (SchLAu) ..	44	UN-Behindertenrechtskonvention .....	38
Personalkosten (Stadt) .....	11	Schwul-lesbisches Jugendzentrum .....	44	UN Campus .....	63
Personalmanagement .....	14	Seilbahnverbindung Venusberg ..	29	UN-Organisationen .....	63
Pestizide .....	20	Shared Space .....	30	Urban Gardening .....	21
Pflanzenschutzmittel .....	20	Skulpturenpfad .....	60	VEBOWAG .....	10, 36
Pflegewohnungen .....	37	Solarthermie .....	16	Veränderungsmodell (Bädersanierung) .....	51
Politische Teilhabe .....	71	Sozialarbeit .....	35	Vereinbarkeit von Familie und Beruf .....	14, 43
Produzierendes Gewerbe .....	66	Sozialpolitik .....	35	Vereinsport .....	50
Prostituierte .....	35	Sozialwohnungen .....	36	Vergabeamt .....	12
Quartiersmanagement .....	37	Spielplatzplanung .....	46	Vergaberichtlinien .....	12
Queeres Leben .....	44	Spielstraßen .....	26	Verkehrsberuhigung .....	33
Radstation .....	26	Sportförderrichtlinien .....	50	Verkehrsdichte .....	29
Radtourismus .....	70	Sportstätten .....	50	Verkehrskollaps .....	29
Radverkehr .....	25	Sprachkurse .....	39	Verkehrspolitik .....	24
Rassismus .....	35	Städtische Personalpolitik .....	14	Verkehrssicherheit .....	30
Rat der Religionen .....	41	Städtischer Fuhrpark .....	13	Verwaltung .....	11
Rechtsanspruch auf U3-Platz ....	45	Städtischer Haushalt .....	9	Vielfalt .....	7
Regenwasserversickerung .....	20	Stabsstelle Integration .....	42	Viktoriabad .....	34
Regionalverkehr .....	28	Stadtbahnen .....	28	Viktoria-Karré .....	34
Rheindorfer Bach .....	20	Stadthaus .....	33	Visionen .....	5
Rheinfähren .....	29	Stadtplanung .....	32	Volkshochschule .....	58
Rheinische Friedrich-Wilhelms- Universität .....	57	Stadtsporbund (SSB) .....	50	Wärmedämmung .....	18
Rheinkultur .....	61	Stadtverwaltung .....	11	Wasserbus .....	27
Regionale Lebensmittel .....	21	Straßenbahnnetz .....	28	Willkommenskultur .....	41
Runder Tisch Artenvielfalt .....	19	Straßenstrich .....	35	Winterdienst .....	27
Runder Tisch gegen Kinder- armut .....	47	Tagespflege .....	45	Wirkungsorientierter Haushalt .....	8, 9, 38
Saisonale Lebensmittel .....	21	Tariftreue- und Vergabegesetz ..	66	Wirtschaftsförderung .....	68
Save-me-Kampagne .....	36	Technologiefirmen .....	68		

Wirtschaftspolitik .....	66	Wohnen im Alter .....	37	World Conference Center Bonn (WCCB) .....	9, 63
Wissenschaftsstadt.....	56	Wohnraum .....	32	Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB .....	27
Wissensgesellschaft.....	56	Wohnungsamt .....	37	Zentrenkonzept .....	69
Wohnberechtigungsschein.....	36	Wohnungspolitik .....	36		

Grüne KV Bonn  
Dorotheenstraße 79  
53111 Bonn

